Medienspiegel Woche 5 / 2016

Seite

Obersee Nachrichten, 28.1.2016 1
Lehrplan 21: Nächste Runde

Tagblatt, 29.01.2016 1
Einspruch zum Lehrplan 21!

Schule Schweiz, 31.1.2015 2
Europäisch gleichgeschalteter Bildungsraum im Blickfeld
Deutsch im Waadtland

Sonntagszeitung, 31.1.2015 3
Sparstift anders ansetzen

Schule Schweiz, 1. Februar 2016 3
Wirtschaft und selbstgesteuertes Lernen
Lehrplan 21 kann Forderungen der Lehrbetriebe nicht erfüllen

Tagblat, 1. Februar 2016 4
Digitale Lehrmittel brauchen Zeit

Journal21, 01.02.2016 6
Der Glanz des gelobten Pädagogen-Landes bröckelt

Tagblatt, 2. Februar 2016 9
Aus «Lümmelburg» wird Real

Die Weltwoche, 3. Februar 2016 11
Erlebnisorientierte Langeweile
Die Legende von Geld und Geist 15
Kathedralen der Bildung

Tagblatt, 4. Februar 2016 19
Aufbruch beim schulischen Austausch

Tagblatt, 3. Februar 2016 20
Junge Lehrer erhalten mehr Lohn

Basler Zeitung, 3.2.2016 21
Baustellen und Reformen ohne Ende

Tagblatt, 5. Februar 2016 23
Rollenspiele «extrem und unzumutbar»

Tagblatt, 5. Februar 2016 24
Kompetenzen festhalten

Tagblatt, 6. Februar 2016 24
LESERBRIEF: Schulratspräsident heimlich abgesetzt und weitere Artikel zu diesem Thema:

Tagblatt, 7. Februar 2016 25
Die verbotenen Pausenbrötchen

Sonntagszeitung, 7.2. 26
Leserbrief zum Artikel: Volk will Bildungskosten beschränken: Falsches Bild der Schulausgaben

Schweiz am Sonntag, 07. Februar 2016 27
Der Lehrplan 21 und die Frage der Zuständigkeit der Parlamente

---

Veranstaltungshinweise:
Zürcher Bildungsdebatte 1
Walter Herzog **Basale Kompetenzen** Machen sie das Gymnasium besser?
Montag, 8.2.2016, 17.30 Uhr, Aula Kantonsschule Zürich Nord
Einladung: Zürcher Bildungsdebatte

Vortragsreihe Pädiatrie und Schule
Françoise Alsaker **Mobbing in der Schule** – eine interdisziplinäre Herausforderung
Mittwoch, 10.02.2016 18.30 – 21.30 Uhr, Fachhochschule St. Gallen (FHS)
Einladung: Verein Ostschweizer Kinderärzte

SCHWYZ HAT SORGEN MIT DEM LEHRPLAN 21

Lehrplan 21: Nächste Runde

Über 3000 Unterschriften – nötig wären 2000 gewesen – hat das Initiativkomitee «Nein zum Lehrplan 21» gesammelt. Trotzdem dürfen die Schwyzer nicht über die Einführung des Lehrplans 21 abstimmen: Der Kantonsrat erklärte die Initiative für ungültig.

Jetzt verlangt das Schwyzer Initiativkomitee gegen den Lehrplan 21 einen Bundesgerichtsentscheid. Der Kantonsrat sei «von den Juristen des Rechtsdienstes aufs Glatteis geführt worden», erklärt Irene Herzog-Feusi, Präsidentin des Initiativkomitees.

Irene Herzog-Feusi ist optimistisch, dass die Schwyzer über den Lehrplan 21 doch noch abstimmen können.

Frau Herzog-Feusi, Sie reden von einem «Machtkonflikt». Was meinen Sie damit?

Die Vorgeschichte der Initiative ist wichtig, denn es geht hier um einen Machtkonflikt zwischen Behörden und Bevölkerung. Man hat vor Jahren über das Volk hinweg entschieden, dass unsere bewährte Schweizer Volksschule verändert werden müsse, und hat dabei die Hinweise auf die negativen Folgen ignoriert. Das Bildungsdepartement hat keinen Plan B, wenn das Volk Nein sagt zum Schulumbau und zu den vielen Schulversuchen der letzten Jahre. Nun wird die Zwangseinführung des Lehrplans 21 plötzlich gestört durch die Volksinitiative. Sie stellt den Schulumbau infrage und wird deshalb von der immer grösser werdenden «Schulentwicklungs-Industrie» hart bekämpft. Es geht um viel Geld und Macht und die Unterbindung einer Initiative.

Sie reden von «juristischen Spitzfindigkeiten»?

Gegen die Initiative wurden juristische Gründe angeführt, die nicht stichhaltig sind. Man pokert mit Einschüchterungen und spielt einen Verfassungsartikel gegen den andern aus. Auch das Gebot der Verhältnismässigkeit wird verletzt. Mindestens die Teilgültigkeit muss anerkannt werden: Über die Streichung des Schulversuchs-Paragrafen und die Sicherung der bewährten Fächer und die Jahrgangsziele muss abgestimmt werden können. Der Kantonsrat wurde rechtlich falsch informiert und liess sich inhaltlich einen Maulkorb umhängen. Und er hat unsere Begründungen offenbar nicht genau gelesen.

Haben Sie auch mit Lehrern gesprochen?

Wir stehen in engem Kontakt mit vielen Lehrpersonen. Am Anfang stand die Bitte von Lehrern, ihnen die politische Arbeit abzunehmen und als Unabhängige eine Initiative zu lancieren, da sie dies als Angestellte selbst nicht könnten. Viele Lehrer klagen, dass sie sich vor Sanktionen und Entlassung fürchten, wenn sie offen in die Opposition gehen würden. Schon die geringste Kritik werde unterdrückt, und die Lehrerorganisationen gäben nicht die wahre Stimmung und Einschätzung der Lehrerschaft wieder. Ebenso wenig die Schulleiter, die offiziell als Multiplikatoren des Bildungsdepartements zu funktionieren haben und oft eine schwierige Gratwanderung bewältigen müssen.

Und der Lehrerverband Schwyz?

Der Lehrerverband Schwyz hat mit uns nie das Gespräch gesucht. Wir hören von dessen Bereitschaft nun erstmals aus der Zeitung und freuen uns auf einen Austausch.

Nun wurde Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht. Haben Sie eine gute Rechtsberatung?

Die Beschwerde wurde von einem sehr erfahrenen Juristen verfasst, und wir haben namhafte Rechtsberater aus der ganzen Schweiz.

Im Jahr 2017 soll der Lehrplan eingeführt werden. Hat das Bundesgericht bis dann entschieden?

Die Einführung wird stark «vorangetrieben», obwohl man in den Bildungsdepartementen aller Kantone weiss, dass man damit ein Fiasko heraufbeschwört und aus juristischen und politischen Gründen früher oder später zurückrudern muss. Wir erachten es als verantwortungslos, die Einführung des Lehrplans 21 ohne Rücksicht auf die Initiativen weiterzuführen. Deshalb fordern wir parallel zur Bundesgerichtsbeschwerde, dass die teuren, aufwendigen Einführungsmassnahmen eingestellt werden, bis klar ist, was das Schweizervolk will.

Martina Heinrich

Lehrplan 21

Der Lehrplan 21 geht auf eine Volksabstimmung aus dem Jahr 2006 zurück. Damals sprach sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten für eine Harmonisierung der Schulen aus. Das Schwyzer Initiativkomitee «Nein zum Lehrplan 21» fordert, dass die Bürger über grundsätzliche Änderungen im Schulwesen selbst entscheiden können. Bewährte Schulfächer und der Klassenunterricht sollen erhalten bleiben. Der Schulversuchsartikel im Volksschulgesetz ist zu streichen.

Obersee Nachrichten, 28.1.2016

Tagblatt, 29.01.2016

Arbeiten mit dem «Monster»
Ausgabe vom 20. Januar 2016

Einspruch zum Lehrplan 21!

Wieder einmal mehr wird im erwähnten Artikel behauptet, der Lehrplan 21 beinhalte keine wesentlichen Neuerungen und wirke eben abschreckend, weil er so viele Seiten habe. Wer sich wirklich mit dieser Thematik auseinandersetzen möchte, dem empfehle ich dringend die in dritter Auflage erschienene Broschüre «Einspruch! Kritische Gedanken zu Bologna, Harmos und Lehrplan 21» zu lesen (Beziehbar bei A. Pichard: arkadi@bluemail.ch). Die Autoren sind namhafte Pädagogikprofessoren, Physiker, Philosophen, Erziehungswissenschafter, Psychologen, Politiker, Schriftsteller, Lehrer, Schulleiter und Eltern mit links-liberaler Gesinnung. Die darin enthaltenen Artikel zeigen auf, dass der neue LP 21 alles andere als harmlos ist und dass die Kritik nicht auf die Dicke des Buches zielt. Im Editorial von «Einspruch» steht: «Wer will, dass in unseren öffentlichen Schulen alle Kinder, auch diejenigen aus unterprivilegierten Schichten, faire Chancen erhalten, muss ihnen einen Unterricht bieten, in dem der Schüler nicht sich selbst überlassen wird, in dem Lehrer und Schüler Beziehungen aufbauen können.» In einem weiteren Artikel steht: «Der LP 21 ist nicht nur ein Testvorbereitungsinstrument, sondern liefert auch die Grundlage für eine Revolutionierung der Schüler- und Lehrerrollen.» Dazu wird Hermann Forneck, der ehemalige Rektor der grössten PH der Schweiz, zitiert: «Zukünftig würden die Schüler sich alles mit apersonalen Medien aneignen, während die Lehrpersonen Lernlandschaften erstellen und die Schüler bei ihrem selbstorganisierten und selbstgesteuerten Abarbeiten von Kompetenzrastern coachen.» Sind das etwa keine nennenswerten Neuerungen an unserer Volksschule? Aber zum Glück regt sich Widerstand, in 13 der deutschschweizerischen Kantone laufen Initiativen gegen den LP 21.

Gabriella Hunziker
Kirchweg 3, 9613 Mühlrüti

Tagblatt, 29.01.2016

Schule Schweiz, 31.1.2015

Europäisch gleichgeschalteter Bildungsraum im Blickfeld

Der Volksentscheid 2006 zum Bildungsverfassungsartikel wurde lediglich von einem Drittel der Stimmberechtigten gefällt. Es ging dabei lediglich um die notwendige Angleichung von Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer der Schulstufen, deren Ziele und Übergänge. Den Lehrplan 21 nun als Folge dieses Volksbeschlusses zu deklarieren wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahrer. Der LP21 ist Teil eines neoliberalen Reformprozesses, diktiert von transnationalen Organisationen wie der Weltbank, der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), aber auch der Europäischen Union (EU).

Angefangen mit der Bologna-Reform der Hochschulen soll immer mehr Einfluss auf die nationalen Bildungssysteme genommen und ein europäisch gleichgeschalteter Bildungsraum geschaffen werden. Dies obwohl das Schweizer Schulwesen noch 1990 im ersten Länderbericht der OECD besonders gute Noten erhielt und gelobt wurde für „die aussergewöhnlich gute demokratische Einbettung und damit Bürgernähe“ und sich laufend modernen Entwicklungen angepasst hat. Die Diskussion über diese Hintergründe wurde bis anhin vermieden und soll nun endlich offen und ehrlich geführt werden.

Leserbrief von Eliane Perret

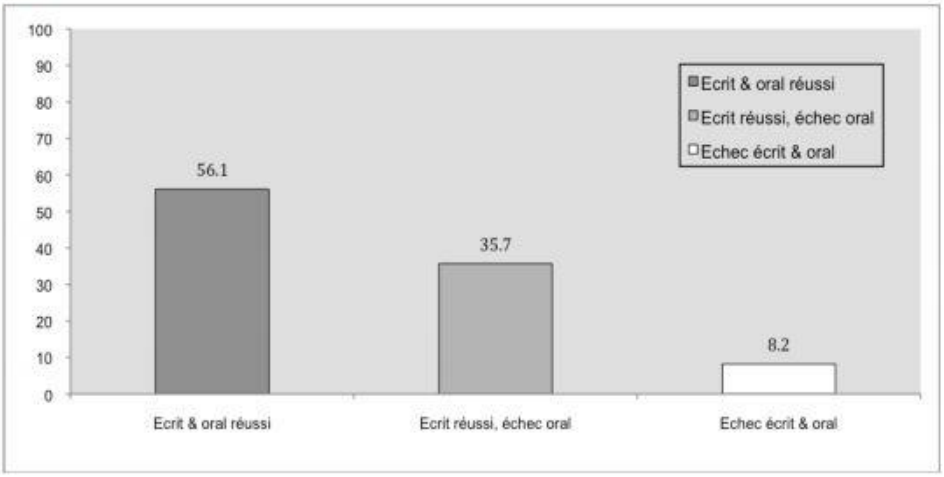
http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/01/europaisch-gleichgeschalteter.html

Schule Schweiz, 31.1.2015

Deutsch im Waadtland

Der Kanton Waadt evaluierte die Deutschkenntnisse der Primarschüler nach vier Jahren Deutschunterricht. Insgesamt wurden 35 Klassen der 6. Primar mit total 642 Schülern getestet. Als Testinstrument hat man sich für einen standardisierten Test des Österreichischen Sprachdiploms entschieden ("Kompetenz in Deutsch"). Die Ergebnisse sind erschütternd. Nach vier Jahren erreichen gut die Hälfte der Schüler das minimale Sprachniveau A1. Besonders schlimm sieht es bei den mündlichen Sprachfertigkeiten aus: Die Kinder können einfachste Gesprächssituationen nicht bewältigen.

Graphique 13 : Réussite de l'épreuve A1 (en %, n = 98)



Evaluation des compétences en allemand des élèves de 6e année de la scolarité obligatoire vaudoise,

Jörg Sieber et al, Oktober 2015

http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/02/deutsch-im-waadtland.html

Sonntagszeitung, 31.1.2015

Sparstift anders ansetzen

Leserbrief

Es erstaunt mich nicht, dass die Bildungskosten unaufhörlich steigen. Die Vorgaben der Bildungsdirektion betreffend den Unterricht und die Steigerung der Schulqualität überstürzen sich. Projekt folgt auf Projekt. Nach den Projekten erfolgen jeweils aufwendige Evaluationen, die wiederum neue Projekte auslösen. Schulleitungen verlangen immer mehr Sitzungen, und in teuren Weiterbildungen werden andauernd neue Ziele gesetzt, die dann umgesetzt werden müssen. Im Sommer 2015 habe ich den Schuldienst ausgepowert quittiert. Beim völlig aufgeblasenen Verwaltungsapparat der Volksschule muss der Sparstift angesetzt werden. Dort tummeln sich viele Beamte, die alle beschäftigt sein wollen und immer neue Ideen zur angeblichen Verbesserung der Schule aushecken.
Susanne Lendenmann

Schule Schweiz, 1. Februar 2016

Kommentare in der NZZ von Peter Aebersold

Wirtschaft und selbstgesteuertes Lernen

«Bildung muss zu einer selbständigen Lebensweise befähigen», erklärt Stefan Vannoni von Economiesuisse. In den „Grundlagen für den Lehrplan 21“ wird von der D-EDK als einzige Methode das „selbstgesteuerte Lernen“ vorgeschrieben. Das bedeutet, dass Unterricht und Lehrer abgeschafft werden, weil die Schüler selber bestimmen, wie, wann, was und ob sie lernen wollen. Ich kenne keinen Lehrbetrieb, der einen Lehrling einstellt, der selber bestimmt, wie, wann, was und ob er arbeiten will. Die von der Economiesuisse und dem Lehrplan 21 propagierte „selbständige Lebensweise“ führt jeden Betrieb in den Ruin. Mit „Lernbegleiter“, die nicht mehr unterrichten dürfen, wird keine gute Schule und keine hohe Bildungsqualität möglich sein. Das kann nicht im Sinne unserer KMUs sein, die über 99% aller Betriebe ausmachen! http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/02/wirtschaft-und-selbstgesteuertes-lernen.html

Lehrplan 21 kann Forderungen der Lehrbetriebe nicht erfüllen

Das Dogma des „selbstgesteuerten, konstruktivistischen Lernens“ in den „Grundlagen für den Lehrplan 21“ der D-EDK verbietet dem Lehrer, seine Hauptaufgaben wahrzunehmen: Er darf sein Wissen nicht weitergeben, nicht mehr unterrichten, nicht erklären, nicht motivieren und nicht erziehen. Das ist, wie wenn man den Journalisten das Schreiben verbieten würde, weil man sich nur dann eine eigene Meinung „konstruieren“ könne.
Das könnte das Ende des Lehrerberufs bedeuten. Den Job als „Lernbegleiter“, der „Lernumgebungen“ zur Verfügung stellt, in dem er Arbeitsblätter von Bertelsmann & Co. vom Internet herunterlädt und an die Schüler verteilt, können auch gratis arbeitende Senioren oder Zivildienstleistende machen. Verschwinden die qualifizierten Lehrer, sinkt unser Bildungsniveau in den Keller und zieht Wirtschaft und Wohlstand mit hinunter. Der Lehrplan 21 erfüllt die berechtigten Forderungen der Lehrbetriebe nach einer genügenden Grundbildung in keiner Weise. Schon heute stellen viele KMUs fest, dass viele Jugendliche nach der Volksschule nicht ausreichend gerüstet sind, um eine Berufsausbildung oder eine weiterführende Schule absolvieren zu können. http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/02/lehrplan-21-kann-forderungen-der.html

Weitere interessante Kommentare in der NZZ zum Artikel vom 30.1.2016

„Wirtschaft will den Lehrplan 21“

http://www.nzz.ch/schweiz/schulreformen-die-wirtschaft-will-den-lehrplan-21-ld.4690

Tagblat, 1. Februar 2016

Digitale Lehrmittel brauchen Zeit

Im Kanton St. Gallen dauert es noch fünf bis sieben Jahre, bis alle zentralen Lehrmittel in vollwertigen digitalen Versionen vorliegen. (Bild: ap/Elaine Thompson)

ST.GALLEN. Der St.Galler SP-Kantonsrat Karl Bürki warnt in einem Vorstoss, die Volksschule verpasse in der Informatik den Anschluss. Die Regierung weist die Kritik zurück – und entgegnet, mit Technik allein sei den Schülern nicht gedient.

ADRIAN VÖGELE

Die St.Galler Regierung will mehr Bildungsangebote im digitalen Bereich. Vergangene Woche hat sie ihre Pläne für neue Informatikmittelschulen präsentiert. Doch wie steht es mit der Informatikförderung in der Volksschule? SP-Kantonsrat und Primarlehrer Karl Bürki ist mit dem aktuellen Stand nicht zufrieden – er hat eine Interpellation eingereicht, unterschrieben von 27 Parlamentariern. Vor 15 Jahren habe der Kanton eine Informatikoffensive für die Volksschule lanciert, doch viel sei davon nicht übriggeblieben. Der Kanton habe sich zurückgezogen und überlasse die Umsetzung den Schulgemeinden.

Bereits im Jahr 2000 habe die Regierung "Lehrmittel über Internet" versprochen, doch abgesehen von Zusatzmaterialien und Testsystemen gebe es bis heute keine konkreten Angebote. "Dabei haben viele Schulgemeinden in Erwartung digitaler Lehrmittel Wandtafeln durch teure Smartboards ersetzt."

"Grosser Aufwand"

Laut Bürki erfüllt nur das Französischlehrmittel "Dis donc", das 2017 erscheinen wird, die Anforderungen an ein digitales Lehrmittel. Und das 17 Jahre nachdem die Regierung Internetlehrmittel angekündigt hat – "in der Informatik ist das eine Ewigkeit." Bürki will darum wissen, wie lange es noch dauere, "bis die offiziellen Lehrmittel im digitalen Zeitalter ankommen". Lediglich eine PDF-Version der Arbeitsmaterialien anzubieten – also eine digitale Kopie der Lehrbücher – sei keine Lösung.

Die Regierung schreibt in ihrer Antwort, mit der Adaption des Lehrplans 21 würden die Lehrmittel überarbeitet oder neu konzipiert. Das geschehe oft in interkantonalen Projekten. "Eine digitale Version eines Lehrmittels zu erstellen, bedeutet für die Verlage einen grossen redaktionellen, technischen und finanziellen Aufwand." Die technische Umsetzung sei wesentlich komplexer als die grafische Umsetzung für ein Printprodukt.

Die Lehrmittelverlage müssten ihr Angebot stark ausweiten – jedoch würden insgesamt nicht mehr Exemplare verkauft, sondern lediglich die Nutzungskanäle aufgeteilt. Dadurch entstehen den Verlagen höhere Kosten.

PDF als Überbrückung

"Aus diesem Kostendruck heraus werden PDF-Versionen der Lehrmittel herausgegeben, um den Aufwand in Grenzen zu halten", schreibt die Regierung. Es werde noch fünf bis sieben Jahre dauern, bis alle zentralen Lehrmittel in vollwertigen digitalen Versionen vorlägen. "Bis dahin ist eine Überbrückung mit PDF-Dateien unabdingbar."

Die Regierung stellt zudem fest, dass Lehrmittel "zunehmend auch via Internet" zur Verfügung gestellt werden. Der Kanton sei diesbezüglich nicht untätig: Eine Arbeitsgruppe evaluiere seit Jahren Unterrichtssoftware und Onlineangebote. Die Informationen dazu würden an die Schulen weitergegeben.

Was den Vorwurf der "versandeten Offensive" angeht, so entgegnet die Regierung, sei es von Beginn weg klar gewesen, dass der Kanton diese zu Beginn unterstütze, dass danach aber die Schulgemeinden die Führung übernähmen. Eine Evaluation im Jahr 2010 habe gezeigt, dass die Schulen technisch gut ausgerüstet seien, dass die Lehrpersonen die Computer aber in erster Linie zur Vorbereitung und zu administrativen Zwecken nutzten und weniger im Unterricht.

Darum beschloss der Erziehungsrat 2013, das Weiterbildungsangebot in Informatik- und Kommunikationstechnologien (ICT) zu verstärken. Der neue Lehrplan Volksschule, der 2017 eingeführt werde, stärke den Kompetenzbereich "Medien und Informatik".

Informatik allein reicht nicht

Die Regierung betont, der Fokus dürfe nicht allein auf der Technik liegen: "Eine einseitige Ausrichtung auf die Informatik greift zu kurz. Die allgemeine Medienbildung muss mit eingeschlossen werden." Der neue Lehrplan sei im Bereich "Medien und Informatik" innovativ – seine Einführung an den Schulen mit allen Konsequenzen laufe auf eine Bildungsoffensive in der Informatik hinaus, wie sie Bürki anspreche.

http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Digitale-Lehrmittel-brauchen-Zeit;art122380,4508083

Journal21, 01.02.2016

Finnland

Der Glanz des gelobten Pädagogen-Landes bröckelt

Von Carl Bossard,

In Scharen pilgerten Pädagogen ins verheissene Land der besten Schulen. Finnlands Unterrichtssystem wirkte wie der Morgenstern. Doch es hat seinen Nimbus eingebüsst.

Die PISA-Rankings machten sie möglich, die Bildungs-Wallfahrten in den Hohen Norden. Das Akronym PISA steht für „Programme for International Student Assessment“. Die Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD vergleicht das Können 15-jähriger Schüler in den Fächern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Anhand einer Punkteskala werden die Ergebnisse erfasst und in Kompetenzstufen aufgegliedert.

Die erste Bildungsstudie im Jahr 2000 sah Finnland auf dem europäischen Spitzenplatz. Wie seine Langläufer erreichten auch Suomis Schüler Weltruhm – und schufen so einen Mythos. Der PISA-Primus galt danach als Vorbild in Sachen Bildung und – mehr noch – der Bildungspolitik. In der Schweiz dagegen lösten die Resultate einen eigentlichen Schock aus. Das Land Pestalozzis konnte und wollte es nicht glauben: Die Schweizer Jugendlichen schnitten in der Lesefähigkeit relativ schlecht ab. Einer von fünf Jugendlichen verstand kaum einen einfachen Text. Wie war das möglich?

Keine Korrelation zwischen Bildungserfolg und Schulstruktur

Die Erklärungen waren schnell zur Hand: Das Bildungsmusterland habe eine Gesamtschule. Von der ersten bis zur neunten Klasse gingen alle Kinder in eine selektionsfreie Schule. Länger gemeinsam lernen, heisse das Prinzip. Es elektrisierte die Bildungswelt. Was liegt da näher, als den Erfolgsfaktor in der integrierten Gesamtschule zu sehen? Doch auch Norwegen hat – wie andere Länder – die gleiche Schulstruktur; allerdings resultierten aus den PISA-Tests wesentlich schlechtere Resultate. Am System konnte es nicht liegen.

Bei der Suche nach Finnlands pädagogischem Erfolgsgeheimnis stiess man auf die finnische Lesetradition, die geringen Klassengrössen oder die gesellschaftliche Homogenität des Landes. Eine detaillierte Analyse nannte auch die individuellen Fördermassnahmen sowie die Personaldotation und die Autonomie der einzelnen Schulen. Sichtbares Merkmal sei zudem das hohe Sozialprestige der Lehrerinnen und Lehrer. Unterrichten gehört zu Finnlands populärsten Professionen. Die Zahl der Studienplätze reicht nicht aus für die grosse Schar interessierter Bewerber. Nur die Besten eines Maturandenjahrgangs können diesen Beruf ergreifen.

„Kann man finnische Schulen kaufen?“

Die Grundlagen der finnischen PISA-Erfolge weckten das internationale Interesse. Der Bildungstourismus boomte. Heerscharen von Fachleuten und Politikern wollten diese schöne neue Schulwelt kennenlernen. Die Copy & Paste-Hoffnung gipfelte in der Frage eines Bildungsexperten aus dem Nahen Osten, „ob man finnische Schulen kaufen könne“. Die Antwort ist klar: Schulsysteme kann man nicht importieren wie eine erfolgreiche Trainerin oder einen famosen Fussballspieler. Der schulische Erfolg gründet in spezifischen soziokulturellen Grundlagen und hängt von besonderen Umgebungsfaktoren ab. Ein Systemtransfer funktioniert nicht. Übertragen lassen sich allerhöchstens einzelne Reformelemente.

Das ist allerdings nicht unproblematisch. Die Teile und das Ganze stehen in einem subtilen Verhältnis. Einfach ein Rädchen ersetzen geht nicht, einfach eine zeit(geist)gemässe Methode einführen wirkt nicht oder mindestens nicht in der gewünschten Zielrichtung. Zu kompliziert ist die

Vielfalt wechselseitiger Abhängigkeiten innerhalb des Ganzen und zwischen den Teilen, die das Ganze eines Bildungssystems ausmachen.

Eine andere Wirklichkeit

Auch den Schreibenden zog Finnlands Mythos wie ein Magnet an. 2003 reiste er ins Mekka des Bildungserfolges. Doch er sah im hohen Norden nicht, was er in der Schweiz hörte und las, was Bildungsexperten predigten und postulierten: Lehrer, die sich als Lerncoach verstehen und nicht referieren, Lehrerinnen, die Gruppenarbeiten moderieren und nicht unterrichten, Lehrkräfte, die selbstorientiertes Lernen organisieren und nicht kollektiv ins Thema einführen. Kein Deut von Lernen ohne Lehrer LOL, keine Spur von konsequent individualisiertem Unterricht.

Der aufmerksame Beobachter erlebte in allen besuchten Schulen geleiteten Frontalunterricht – konzentriert und prägnant vorgetragen, mit Rückfragen und Diskursteilen aufgelockert, aber stringent geführt. Daran schlossen sich Übungsteile an – mit präzisen Aufgaben. Lehrerassistenten unterstützen die Kinder und trainierten mit ihnen. Entspannt im Ton, intensiv im Tun, in einigen Teilen fast drillmässig. Keine Schülerin, kein Schüler wurde sich selbst überlassen.

Ob darin Finnlands Geheimnis lag und sein Spitzenrang in der ersten OECD-Bildungsstudie? Das fragte sich der Schreibende auf dem Rückweg von der Pilgerstätte. Er sah vieles von dem, was der renommierte neuseeländische Bildungsforscher John Hattie einige Jahre später in seiner Studie „Visible Learning – Lernen sichtbar machen“ als lernwirksame Unterrichtsfaktoren herauskristallisierte.

Der Erfolg liegt in der Vergangenheit

Doch das finnische Wunder war nicht von langer Dauer. Zwischen 2003 und 2012 verlor das Land insgesamt 25 PISA-Punkte. „Das entspricht dem Lernerfolg eines ganzen Schuljahres“, schreibt Christine Sälzer, nationale Pisa-Koordinatorin an der TU München. Noch immer liege es in Mathematik zwar über dem OECD-Durschnitt, doch die Fallhöhe sei bemerkenswert, fügt die Wissenschafterin bei.

Auch die London School of Economics and Political Science LSE interessierte sich für diesen Rückgang im PISA-Ranking. Der schwedische Bildungsforscher Gabriel Heller Sahlgren erklärt Finnlands Erfolge mit dem alten Schulsystem: starke Lehrerpersönlichkeiten, die Einfluss nehmen und führen, geleiteter und klar strukturierter Unterricht, eher traditionelle Methodik. Dann änderte das Land sein Credo. Das System setzte auf einen Pädagogen, der die Rolle des Lerncoachs übernimmt und als „Lehrkoordinator“ den Fokus auf den einzelnen Schüler statt die Klasse legt. Nun greifen die Reformen. Dazu braucht es 10 bis 15 Jahre, sagt die Bildungsforschung. Entsprechend schwächer schnitt Finnland in den Tests ab. „Die [PISA-]Noten werden genau dort schlechter, wo die Reformen anfangen zu wirken“, schreibt Gabriel Heller Sahlgren.

Ausbildung ist etwas Ganzheitliches

Sahlgrens Analyse provozierte Widerspruch. Auch von Andreas Schleicher, dem OECD-Koordinator und Schöpfer der PISA-Test. Doch er konnte Sahlgrens Resultate weder entkräften noch widerlegen. Der schwedische Bildungsforscher weist aber darauf hin, dass Schulen immer in einem Zielkonflikt stünden, sozusagen im Dilemma zwischen dem Fördern von Kreativität und dem Erlernen von kognitivem Wissen und Können. Ein gutes Schulsystem müsse beides stärken. Denn Ausbildung sei etwas Ganzheitliches. Europa, so sein Schluss, habe sich in den letzten 15 Jahren „etwas zu sehr für die Kreativität und zu wenig für die Leistung interessiert“. Er verweist auf die geistige Elite des Silicon Valley. „Ihre Vertreter waren sehr gut in der Schule – und sie sind ausgesprochen kreativ in dem, was sie erschaffen.“

Finnlands Reformen schwächten die Lernleistung, förderten aber die Freude an der Schule, lautet ein weiterer Befund der Studie. „Mit mehr Spass kam weniger Leistung“, titelte darum der Tages-Anzeiger (3. Jan. 2016). Trendwende hin zur Spasspädagogik? Gar nichts dagegen. Nur, der

Spass steht nicht am Anfang, er kommt erst danach oder mit der Zeit. Wer einer jungen Geigerin zusieht, weiss das. Jahrelang muss sie üben und das Violinspiel über ihre akuten Launen und Interessen stellen. Sie hat sich der Logik dieses schwierigen Instruments zu unterwerfen. Nur so wird aus dem Gekratze dereinst Musik. Üben heisst das Zauberwort. Das gilt für alle Bereiche.

Bildung zielt auf das Sowohl-als-auch

Schule und Unterricht sind darum keine Entweder-oder-Institution. Ein solches Polaritätsdenken gibt es nur bei einem martialischen 0815-Typ, beim preussischen Pauker oder bei chinesischen Müttern wie der Yale-Professorin und Buchautorin Amy Chua. Bildung ist auf das Sowohl-als-auch ausgerichtet. Das ruft nach Lehrerinnen und Lehrern, die zielgerichtetes Unterrichten mit mitmenschlichem Einfühlungsvermögen oder humanistische Grundverpflichtung mit unnachgiebigem Fördern verbinden können. Kinder und Jugendliche wollen ein menschliches Gegenüber, eine charmante Autorität, die sie weiterbringt und ihnen wichtige Inhalte und Werte vermittelt.

John Hatties empirische Befunde zeigen es überdeutlich: Eine wirksame Bildungspolitik müsste mehr an den Menschen glauben und weniger an Systeme und Strukturen. Gute Lehrerinnen, gute Lehrer mit humaner Energie und fachlicher Leidenschaft sind der Kern der Schule. Sie zu finden muss man nicht nach Finnland pilgern. Es gibt sie in jedem helvetischen Schulhaus.

https://www.journal21.ch/der-glanz-des-gelobten-paedagogen-landes-broeckelt

Tagblatt, 2. Februar 2016

Aus «Lümmelburg» wird Real

Vor 44 Jahren «paukte» Bruno Willi – hier in seinem Garten – mit der Abschlussklasse (heute Realschule) das Schulfach Gartenarbeit. (Bild: Katharina Rutz)

Begonnen hat Bruno Willi seine Zeit als Lehrer vor 44 Jahren auf der sogenannten «Lümmelburg», dem Schulhaus in Fontnas. Ihren schlechten Ruf hat die Abschlussklasse unter den Fittichen von Bruno Willi rasch verloren.

KATHARINA RUTZ

OBERSCHAN. Letzte Woche war der letzte Schultag des 64jährigen Bruno Willi aus Oberschan. Nach 44 Jahren als Reallehrer ging er am 31. Januar in Pension. Bereits seinen ersten Schultag als Lehrer bestritt er in der Gemeinde Wartau und er blieb seiner Schule all die Jahre treu. In diesen 44 Jahren hat sich die Schule völlig gewandelt, doch für Bruno Willi stand und steht die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen im Zentrum. «Unsere Kinder zu begleiten, ist höchst spannend, aber auch sehr anspruchsvoll», sagt er.

Pionierarbeit geleistet

Aufgewachsen ist Bruno Willi in Sargans als Sohn eines Eisenbahners. Für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie war die Kantonsschule in St. Gallen oder Chur viel zu teuer. Doch in Sargans gab es neu eine Mittelschule mit integriertem Lehrerseminar. Und da Bruno Willi gut in der Schule war, durfte er dieses besuchen. Es war immer ein Dürfen und nie ein Müssen, denn es erfüllte Bruno Willi mit Stolz und Respekt, einen so angesehenen Beruf ergreifen zu dürfen. Einen Beruf, der ihm zudem auf den Leib geschneidert schien. «Überall, wo ich mitmachte, war ich irgendwann in einer Führungsposition», erzählt Bruno Willi. «Ich war Oberministrant und Pfadiführer.»

Lehrer waren damals sehr gesucht und Arbeit hätte Bruno Willi überall im Kanton St. Gallen gefunden. In die Gemeinde Wartau kam er durch Zufall: «Ich wartete auf einen Freund, der hier ein Vorstellungsgespräch hatte, weil wir nachher in den Ausgang wollten», erinnert er sich. Dieser Kollege hatte Wartauer Wurzeln. «Als er rauskam, sagte er zu mir: <Geh auch noch rein, die suchen noch einen zweiten>.» So wurde aus den beiden Seminarkollegen ein Lehrerteam, die zu Beginn auch gemeinsam wohnten.

Schulstufe mit schlechtem Ruf

Ihr Schulhaus in Fontnas – die sogenannte «Lümmelburg» – hatte einen zweifelhaftem Ruf. Dort unterrichteten sie eine siebte und eine achte Klasse. Aber was sollten sie überhaupt lehren? «Es gab mangelhafte Vorgaben und erfahrene Lehrerkollegen fehlten», sagt Willi, «wir mussten alles neu entwickeln, da es auch keine Lehrmittel gab.» Nicht einmal die Anzahl Schulstunden war den jungen Lehrern bekannt. Die oft handwerklich begabten Schüler hatten deshalb Fächer wie Gartenbau und Werken. Aus der «Lümmelburg» wurde unter der Führung der beiden jungen

Lehrer allmählich eine echte Alternative zur Ausbildung in der Sekundarschule. Erstmals erfuhr die Realschule personelle Stabilität, während vorher die Lehrer nur ein oder zwei Jahre blieben.

Neue Herausforderungen

Bald erhielten die jungen Lehrer mit der Planung und dem Bau des Oberstufenzentrums Seidenbaum, das 1978 eröffnet wurde, eine neue, interessante Herausforderung. «Wir konnten uns massgeblich einbringen und hatten deshalb keinen Grund, eine neue Stelle an einem andern Ort zu suchen», sagt er. Auch später erhielt Bruno Willi immer wieder zusätzliche Aufgaben, wurde Schulratsschreiber, Lehrervertreter und später auch Schulleiter. 40 Jahre war er kirchenpolitisch aktiv, zwei Jahre im Kantonsrat, er war Aufsichtsrat bei der Raiffeisenbank, Chef des zivilen Führungsstabs und 20 Jahre engagierte er sich für das Lukashaus. Bruno Willi war bekannt im Dorf und in der Region. Dies habe gerade auch den Kontakt zu den Eltern häufig vereinfacht. Heute sei in der Schule vieles anders. «Die heutigen Fachlehrer sind zwar top ausgebildet, sehen eine Klasse aber nur wenige Stunden und haben es dadurch viel schwieriger, sich zu etablieren», sagt Willi. Zudem habe sich der administrative Aufwand stark erhöht.

Kein «gestresster» Rentner

In seiner Pension will er nun erst einmal die neu gewonnene Freiheit geniessen und kein «gestresster Rentner» werden. Weiterhin engagieren möchte er sich in seinen Chören. Seine Rolle als Grossvater möchte er weiterhin intensiv geniessen. «Ansonsten bin ich offen für alles, was kommt. Dankbar schaue ich zurück auf meine Lehrer-Biographie, die ich ohne einen Krankheitstag im Schulbetrieb abschliessen durfte.»

http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/werdenberg/wo-lo/Aus-Luemmelburg-wird-Real;art395293,4509725

Die Weltwoche, 3. Februar 2016

Unterricht

Erlebnisorientierte Langeweile

Gemäss Lehrplan 21 soll an Schweizer Schulen nicht mehr der Erwerb von Wissen, sondern von «Kompetenzen» im Zentrum stehen. In Deutschland ist diese neumodische Methode längst eingeführt. Mit absurden Konsequenzen, wie ich bei meiner Tochter erlebe.

Von Katja Oskamp

«Wie war's in der Schule?» – «Langweilig.» – «Was hast du gelernt?» – «Nichts.»

Diesen trostlosen Dialog habe ich mit meiner Tochter in den letzten Jahren viele Male geführt. Sie besucht die elfte Klasse eines Berliner Gymnasiums. Herkömmlicher Unter-richt findet möglichst selten statt, dafür gibt es immerzu Methoden- und Kompetenzentraining. Die Schüler trainieren, wie man Vorträge hält, wie man einen Ordner anlegt, wie man in der Bewerbungsmappe den Lebenslauf aufhübscht.

Einmal musste meine Tochter während -eines Tages immer wieder in den Klassenraum eintreten und selbstbewusst wirken. Ein anderes Mal empfahlen sich sechsundzwanzig Schüler sechsundzwanzigmal gegenseitig in überzeugenden Worten dasselbe Blatt Papier, auf dem ein Text stand – als Übung zur korrekten Quellenangabe. Im Englischkurs sollte über die englische Klassengesellschaft diskutiert werden. Meine Tochter sagte: «Ich -möchte die Engländer verteidigen.» Die Lehrerin unterbrach sie: «Wörter wie ‹verteidigen› oder ‹angreifen› will ich hier nicht hören. Wir führen keinen Kampf, sondern eine ausgewogene Diskussion.»

In der Schule grassiert eine Flut englischer Zauberwörter. Zum Beispiel «Mind Map». -Ohne Mind Map – ein grafisch aufbereiteter Stichwortzettel – geht gar nichts. Oder die Power--Point-Präsentation. Wer -einen inhaltsarmen Vortrag mit einer quietschbunten Power--Point-Präsentation hält, wird wegen Medienkompetenz besser bewertet als jemand, der Einsteins Relativitätstheorie ohne Power--Point-Präsen-tation erklären kann. Wer richtig punkten will, erstellt zur Power-Point ein Handout, damit die -Schüler nicht mitschreiben müssen, aber trotzdem was zum Einordnen -haben.

«Toll, ein anderer macht's!»

Ganz gross angesagt ist Gruppenarbeit, besser bekannt als Teamwork. Für Faule eine feine -Sache – die Fleissigen zahlen drauf. Beschwert sich ein Fleissiger beim Lehrer, dass er die -ganze Gruppenarbeit allein gemacht hat, gilt er als Petzer und als nicht teamfähig. Das gibt Punktabzug bei den sozialen Kompetenzen. Zyniker übersetzen das englische Wort «Team» mit «Toll, ein anderer macht's!».

Jeder Präsentation folgt zwangsweise ein Feed-back. Ein gutes Feedback ist jenes, welches konstruktive Kritik übt. Konstruktive Kritik bedeutet, dass man mit dem Positiven anfängt. Dem Feedback folgt nicht selten ein Feedback, welches das vorangegangene Feedback beurteilt, selbstverständlich in Form konstruktiver Kritik. Häufig finden Projektwochen statt, was bedeutet, dass der Unterricht ausfällt. In der Projektwoche zum Thema Kinderarbeit musste meine

Tochter in der dreckigen Turnhalle unter Bänke robben, um Mit-gefühl für das Elend bolivianischer Minenkinder zu entwickeln.

Die Anglizismisierung geht mit der Infantilisierung einher. Das Wie wird immer wichtiger. Es bringt das Was zum Verschwinden. Die Inhalte werden abgeschafft, die Form übernimmt. Der Gegenstand ist nichts, seine Auf- und Nachbereitung alles. Allein der Abkürzungswust, der uns seit der Einschulung um die Ohren fliegt, spricht -Bände: JÜL. SAPH. PibF. WUV. IGEL ist meine Lieblingsabkürzung. Sie steht für: Interessengefördertes Erlebnislernen. Hinter diesen -Abkürzungen verbergen sich immer neue Konzepte, immer neue Reformen, von unsichtbaren Pädagogen erdacht, in niedlichen Tierlauten verklausuliert. Passend zu den infantilen Abkürzungen geht der Trend weg von der Schrift, hin zum Bild. -Alles muss schnell zu erfassen sein, simpel. Kein Schüler darf je überfordert werden. Deshalb steht die Häppchenkultur hoch im Kurs. Bücher werden, wenn überhaupt, nur auszugsweise gelesen.

In der neunten Klasse stand in Deutsch -etwas Brecht auf dem Plan. Meine Tochter schlug vor, im Berliner Ensemble die «Drei-groschenoper» anzuschauen. Die Lehrerin war schockiert und verbat sich die Einmischung in ihre Arbeit. Im Religionskurs regte ein Schüler kürzlich an, Nietzsche zu lesen. Das sei ihm zu kompliziert, erwiderte der Lehrer und schlug vor, dass jeder reihum am Freitagmorgen einen selbstgebackenen Kuchen mitbringen soll, den sie im -Sinne eines sozialen Miteinanders gemeinsam aufessen würden.

Statt Wissen zu erwerben, bekommen die Schüler die ewiggleichen Kompetenzen ein-getrichtert, eine krude Mixtur aus politischer Korrektheit und der Anbetung technisch--medialer Möglichkeiten. Der Lehrer verschanzt sich in einer nebligen Ferne, aus der er Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Respekt und Toleranz predigt. Deshalb langweilen sich die Schüler. Nicht nur die guten, auch die schlechten Schüler. Doch Obacht! «Gut» und «Schlecht» gelten nach heutigem Verständnis als reaktionäre Kategorien: «Keiner ist gut. Keiner ist schlecht. Jeder ist anders. Aber alle sind gleich.»

Überwältigungsverbot

Meine Freundin Anne ist 36 und lässt sich seit einem Jahr an der Humboldt-Universität Berlin zur Grundschullehrerin – in der Schweiz -wäre das eine Primarschullehrerin – ausbilden. Ich frage sie, wie die Grundschule der Zukunft aussieht. Zum Zwecke korrekten Genderings spricht man in der Humboldt-Universität von «Schülerinnen und Schülern». Da das zum Schreiben zu lang ist, kürzt man mit «SuS» ab. Doch auch zum Sprechen ist es zu lang, und deshalb -reden alle, Professoren und Studenten, immer von «den SuS». Auch das Wort «Lehrer» gibt es nicht mehr. Der Lehrer wird zum «Lernbegleiter». Die Inhalte sind komplett verschwunden, es gibt nur noch Kompetenzen. Man geht -davon aus, dass das Welt-wissen – die All-gemeinbildung und der Erfahrungsschatz – jederzeit abrufbar ist. Das genügt. Allein nach ihren Interessen sollen sich die Sechs- bis Zwölfjährigen ihr Wissen selbst erarbeiten. Denn die Demokratisierung der Gesellschaft darf vor den Kindern nicht haltmachen. Die Mitbestimmung beginnt schon im Klassenzimmer. Verbote sind strikt verboten in der Grundschule der Zukunft. Hiess es früher «Wir dürfen nicht über die -Flure rennen», so heisst es heute «Wir wollen nicht über die Flure rennen». Das wiederum hiess früher Gehirnwäsche.

Über dem gesamten Pädagogikstudium -allerdings schwebt ein riesengrosses Verbot, es gibt kein Seminar, in dem Anne es nicht zu -hören bekommt. Es heisst «Überwältigungsverbot»: Auf keinen Fall darf der Lernbegleiter den SuS seine Bildung und Erfahrung vermitteln. Er darf niemals aus seiner Perspektive -Dinge erklären, niemals einem Kind seinen Blickwinkel aufpfropfen, niemals sein Wissen heraushängen lassen. Denn ein Lehrer, der zeigt, dass er mehr

weiss als die Schüler, überwältigt sie. Dadurch würde ein fürchterliches Hierarchiegefälle entstehen.

Die drei grossen A der Grundschulpädagogik lauten: Abschaffung der Noten, Abschaffung der Jahrgangsstufen, Abschaffung des Hier-archiegefälles. Vor allem aber gehört der Wissensvorsprung des Lehrers abgeschafft. Es ist eine Abschaffungsorgie. Mein Vorschlag: Demnächst hacken wir uns die Beine ab, um den Grössenvorsprung abzuschaffen.

Einmal, erzählt Anne, wurde den Studenten -eine Textaufgabe in Mathematik vorgelegt. -Anne aber konnte die Aufgabe nicht lösen; sie war noch nie gut in Mathe, dafür schon immer gut in Deutsch. In ihrer Not schrieb sie einen langen Text darüber, wie sie sich gemeinsam mit den SuS der Aufgabe nähern würde. Wie sie ein Bild malen, sich den Sachverhalt veranschaulichen und so auf die Schwierigkeiten stossen würde, die die Aufgabe mit sich brachte. Sie gab den Text mit einem schalen Gefühl ab und rechnete mit dem Schlimmsten. Das Gegenteil trat ein. Die Dozentin war begeistert, liess den Text kopieren und als leuchtendes Beispiel an alle verteilen. Anne bekam grösste Anerkennung dafür, dass sie eine Matheaufgabe nicht gelöst hatte. Darin liegt eine gewisse Konsequenz. Denn der -ideale Lernbegleiter ist genau so naiv wie die sechsjährigen SuS. Er verbirgt sein Wissen vor den Kindern – im besten Fall muss er nichts -verbergen, weil da nichts ist.

Meine Tochter wünscht sich inzwischen nichts sehnlicher als schnöden Frontalunterricht. Vorn steht jemand, der etwas weiss, was sie nicht weiss. Das bringt er ihr dann bei. Aber Frontalunterricht gilt unter Pädagogen als Teufelszeug und kommt nur noch selten vor. Sie muss noch anderthalb Jahre durchhalten. Bisher konnten wir, mein Mann und ich, ihren Wissensdurst, ihre Neugier, ihre Lust, die Welt zu begreifen, mit Ach und Krach am Leben erhalten. Trotz Schule. Wir besorgen -jedes Buch, das sie lesen will, füttern sie mit Theater- und Opernbesuchen, rufen Leute an, die vom Fach sind und ihre Fragen beantworten können. Meine Tochter möchte noch viel mehr lernen. Leider reicht die Zeit nicht, wegen der Schule. Als ihr Frust darüber unerträglich wurde, haben wir sie ein Jahr nach England geschickt, auf eine Mädchenschule, wo sie immer an der Überforderung entlangschrammte. Sie hat es gepackt. Es sei die schönste Zeit -ihres Lebens gewesen, sagt sie.

Der Lehrer im Leben meiner Tochter

Und dann ist da noch Alexander, der Geigenlehrer. Mit Kollegen betreibt er eine private Musikschule. Als Siebenjährige fing meine Tochter bei ihm an, einmal die Woche, mit -einer winzigen Achtelgeige. Alexander ist ein begnadeter -Komiker, ein Perfektionist, eine launische Diva. Im Unterricht entfacht er einen wahren Überwältigungsfuror. Er stampft herum, fuchtelt mit den Armen, schreit auf, wenn sich bei Bach ein Vibrato einschleicht, hasst verschliffene -Töne und besteht darauf, dass seine Schüler Doppelgriffe üben.

Alexander ist kein Pädagoge, er ist Vollblutmusiker. Ein Fachmann, der weiss, wie man die Geige in den Griff bekommt und der seine -musikalischen Ansichten hemmungslos vertritt. Er liebt die Musik. Seine Leidenschaft ist ansteckend. Meine Tochter flitzt noch mit vierzig Grad Fieber in die Geigenstunde. Sie verdankt Alexander unzählige Lachkrämpfe, hat Tränen vergossen ob seiner Rügen, sich die Zähne ausgebissen an Stücken, die immer ein bisschen schwerer waren, als der gemeine Pädagoge es für richtig hielt. Sie verdankt ihm wunder-bare -Orchesterfahrten, grossartige Kon-zerte und -ihre beste Freundin, die sie in der Musikschule kennengelernt hat. Sie kann -Noten lesen und Komponisten am Stil erkennen, weiss in Musik-geschichte Bescheid und profitiert vom Wissen um den Zusammenhang zwischen -Musik und Mathematik. Vor allem kann sie Geige spielen. Derzeit probt sie begeistert das Klaviertrio

Nr. 2 von Benjamin Godard. Ich -behaupte schon jetzt: Alexander wird der Lehrer im -Leben meiner Tochter gewesen sein.

Was, wenn er sich vor elf Jahren, als meine Tochter zum ersten Mal zu ihm kam, ans Überwältigungsverbot gehalten hätte? Er hätte sie begrüsst: «Guten Tag, ich bin Alexander, und es ist gut, dass ich dein Geigenlehrer bin, denn ich habe von dieser Sache so wenig Ahnung wie du, so dass wir sie nun gemeinsam demokratisch erarbeiten können.» Ratlos wären beide um das hölzerne Ding geschlichen. Alexander hätte vorsichtig draufgeklopft oder hineingerufen, meine Tochter hätte ein paar Münzen in die geschwungenen Schlitze geworfen oder etwas Wasser eingefüllt. Sie hätten zusammen Flügel aus Papier gebastelt, sie auf den seltsamen Korpus geklebt und das Fenster geöffnet. Und dann hätten sie ausprobiert, ob es fliegen kann, das hölzerne Ding.

Katja Oskamp, 44, ist Schriftstellerin in Berlin. Zuletzt erschien von ihr der Roman «Hellersdorfer Perle».

http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-5/artikel/erlebnisorientierte-langeweileerlebnisorientierte-langeweile-die-weltwoche-ausgabe-52016.html

Die Weltwoche, 03.02.2016

Die Legende von Geld und Geist

Die Absicht von Bund und Kantonen, das Ausgabenwachstum im Bildungsbereich etwas zu drosseln, hat zu lautstarken Protesten geführt. Mehr Geld bedeutet nicht automatisch mehr Bildung. Sparpotenzial besteht durchaus.

Von Philipp Gut und Peter Keller

Der Moloch Bildung frisst seine eigenen Kinder.
Illustration: Morten Morland

Es hagelt Proteste und Manifeste. Die Ankündigung von Bund und Kantonen, in Zeiten knapper Budgets auch bei der Bildung zu sparen, provoziert Widerstand. In Zürich etwa, dem grössten Schweizer Kanton, will der Regierungsrat ab nächstem Jahr insgesamt 600 bis 700 Millionen Franken sparen – sonst täte sich bis 2019 ein Loch von 1,8 Milliarden Franken auf. Auch die Bildungsdirektion soll dazu einen Beitrag leisten wie alle Departemente. Doch davon wollen Lehrer und Professoren, einschlägige Berufsverbände und Sympathisanten aus breiten Gesellschaftskreisen nichts wissen.

Mitte Januar fanden im ganzen Kanton Demonstrationen statt. Und im «Zürcher Manifest für die Bildung» schlagen teilweise prominente Unterzeichner wie Uni-Rektor Michael Hengartner oder Beat Zemp, Zentralpräsident des Schweizer Lehrerverbands, Alarm: «Bildung ist unsere wertvollste Ressource. Sie legt die Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen, für Arbeit, Innovation, Forschung und Wohlstand.» Diese Errungenschaften seien in Gefahr: Mit seinen Sparbemühungen entziehe der Kanton «der heutigen und künftigen Jugend die Chance auf bestmögliche Ausbildung und seinem Forschungs- und Wirtschaftsstandort den Nachwuchs». Lehrerchef Zemp doppelt nach: «Wer heute bei der Bildung abbaut, nimmt in Kauf, dass es morgen bergab geht.»

Dieses eher düstere Szenario will sich die Bildungslobby nicht durch Argumente aufhellen lassen: «Statt Debatten über Spielräume beim Sparen braucht es jetzt ein mutiges Bekenntnis zur Bildung und zu ihren Institutionen.» Dass sich ausgerechnet die Vertreter der öffentlichen und öffentlich finanzierten Bildung der Diskussion verweigern wollen, erstaunt allerdings. Sie spekulieren offenbar auf ein Grund-Wohlwollen dem Bildungssektor gegenüber – und darauf, dass sie kaum je ernsthaft begründen müssen, wozu sie das Geld einsetzen.

Neue heilige Kuh

Geht es um Bildungsausgaben, herrscht eine Art ökonomische Blindheit. Jeder für Bildung ausgegebene Franken gilt als gut ausgegebener Franken. Sparen hingegen erscheint als Sakrileg, ja als Ding der Unmöglichkeit. «Wer bei der Bildung spart, spart nicht», heisst es beim Zürcher Lehrerverband. Als ob es im Bildungsbereich – wie auf jedem Gebiet staatlicher Tätigkeit – nicht auch Ressourcenknappheit, Fehlinvestitionen und Verschwendung gäbe. Die Bildung ist die neue heilige Kuh.

Differenziertere Einsichten vermittelt Stefan Wolter, Professor für Bildungsökonomie an der Universität Bern und Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung. Zwar sei die Bildungsqualität zentral für das Wachstum von Ländern, so Wolter. Aber die bildungsökonomische Forschung habe eben auch gezeigt, dass es keinen Zusammenhang zwischen Bildungsausgaben und Bildungsqualität gebe. In empirischen Vergleichsstudien konnten Wolter und sein Team nachweisen, dass Kantone, die bis zu fünfzig Prozent mehr für Bildung ausgeben als andere, schlechtere Leistungen erzielen. Mit anderen Worten: Die These, dass mehr Geld mehr Geist bedeute, ist wissenschaftlich nicht haltbar. Ebenso falsch sei die Annahme, Sparen heisse automatisch weniger Bildung.

Diese «eindeutigen Erkenntnisse der Bildungsökonomie» (Wolter) widersprechen den eingangs zitierten Stimmen, die einen solchen ursächlichen Zusammenhang behaupten. Nichts als politische Propaganda ist

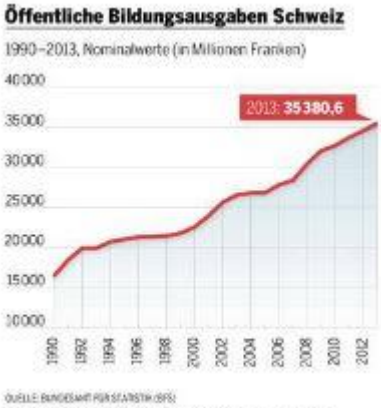
deshalb auch das riesige Transparent, das an der ehemaligen Schule für Gestaltung am Zürcher Limmatquai hängt: «Sparen bei der Bildung ist Schwachsinn und führt zu Schwachsinn.»

Das wirkliche Problem des Bildungswesens sei nicht das Geld, sondern die verbreitete Ineffizienz, sagt Professor Wolter. Das System werde ausschliesslich durch Inputs, nicht durch Outputs gesteuert. Etwas rustikaler ausgedrückt: Wir giessen oben Geld hinein, ohne zu schauen, was unten herauskommt.

Ausgaben verdoppelt

Tatsächlich ist in jüngerer Vergangenheit massiv in die Bildung investiert worden. Seit 1990 haben sich die Ausgaben mehr als verdoppelt: von 16,6 auf 35,4 Milliarden Franken (2013). Dass in der Bildung gespart würde, ist ein politischer Mythos – oder zeugt von mangelhaften mathematischen Kenntnissen. Bei den kantonalen Sparprogrammen in der Höhe von 535 Millionen bis 2018, von denen der *Tages-Anzeiger* berichtet, handelt es sich höchstens um eine Wachstumsbremse: Man will weniger ausgeben als geplant. Effektiv gespart bei der Bildung wird deswegen noch lange nicht.

Wie die Abbildung der indexierten Entwicklung 1990–2013 zeigt, haben sich die Bildungsausgaben von den öffentlichen Gesamtausgaben entkoppelt. Zwischen 2000 und 2007 lief das Kostenwachstum noch parallel, ab 2008 erfolgte jedoch ein regelrechter Wachstumssprung: Die Ausgaben für die Bildung stiegen ungefähr doppelt so schnell an wie diejenigen der öffentlichen Ausgaben insgesamt. Wenn nun der Anstieg gedämpft wird, hat das nichts mit bildungsfeindlicher Sparpolitik zu tun, denn im Vergleich zu anderen Bereichen haben die Schulen und Universitäten in den letzten Jahren überdurchschnittlich profitiert. Hier sind Korrekturen unumgänglich. Die staatlichen Ausgaben sind auf Dauer so nicht mehr finanzierbar, das zeigt der Vergleich mit der roten Kurve (siehe S. 16): Das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz humpelt den öffentlichen Ausgaben hinterher. Der Staat wächst also schneller als die Volkswirtschaft.



Reformeifer ist Kostentreiber Nummer eins.

Ein Vergleich der verschiedenen Bereiche zeigt, dass die Ausgaben im Bildungswesen sehr unterschiedlich ausfallen. Die obligatorische Schule (Schulpflicht bis zum neunten Schuljahr) kostete im Jahr 2000 gesamthaft 10,837 Milliarden Franken, 2013 waren es 15,443 Milliarden. Das macht ein Plus von 42,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum verdoppeln sich die Ausgaben für den Bereich Sonderschulen: von 912,4 Millionen Franken auf 1893,2 Millionen (plus 107,5 Prozent). Auch die Hochschulen bekommen wesentlich mehr öffentliche Gelder: Sie weisen einen Zuwachs von über 3 Milliarden aus (plus 65,2 Prozent) – auf 7,626 Milliarden.

Das Gejammer der Universitäts- und ETH-Rektoren lässt sich also kaum rechtfertigen, zumal der Bereich Forschung und Entwicklung regelrecht vergoldet wurde: Er stieg von 722,8 Millionen (2000) auf 3658,7 Millionen (2013), was einem Plus von 406,2 Prozent entspricht. Dass die Leistungen der Hochschulen im gleichen Zeitraum ebenfalls viermal besser wurden, darf bezweifelt werden. Bei den Pisa-Studien schneidet die Schweiz zwar gut ab, aber die Spitzenplätze bleiben anderen, vornehmlich asiatischen Staaten vorbehalten – obschon kein anderes Land pro Kopf mehr Geld für die Bildung ausgibt als die Eidgenossenschaft (siehe oben, Tabelle: «Vergleich öffentliche Bildungsausgaben»).

Finanzieller Bildungsgraben

Diese Zahlen sind umso bemerkenswerter, wenn sie mit dem Bereich Berufsbildung verglichen werden. Hier fiel das Wachstum merklich tiefer aus. Die Ausgaben für die berufliche Grundbildung wuchsen seit 2000 um 22,2 Prozent auf total 3518,3 Millionen, diejenigen für die höhere Berufsbildung um lediglich 10,9 Millionen auf 349,9 Millionen (plus 3,1 Prozent). Dieser finanzielle Bildungsgraben ist aus zwei Gründen aufschlussreich. Dass die Kosten insgesamt relativ moderat blieben, hat damit zu tun, dass die Berufsverbände die Ausbildung mitorganisieren und mitfinanzieren. Die positive Nähe zur Berufswelt zeigt sich auch darin, dass der kostentreibende Reformeifer, wie ihn die obligatorische Schule erlebt, mehr oder weniger aussen vor geblieben ist.

Rund zwei Drittel der jungen Leute in der Schweiz beginnen nach ihrer obligatorischen Schulzeit eine berufliche Grundbildung. Ein Erfolgsmodell. Das duale Berufsbildungssystem (Mittelschule/Hochschule

und Weg über die berufliche Ausbildung) ist die Stütze des schweizerischen Jobwunders und der vergleichsweise tiefen Jugendarbeitslosigkeit. Politiker aller Parteien werden nicht müde, die Vorzüge vor allem der praxisorientierten Berufsbildung hervorzuheben. Das war allerdings nicht immer so. Bis vor zehn, fünfzehn Jahren war es Mode, im Verbund mit der OECD die vergleichsweise tiefe Maturitätsquote zu kritisieren. Grundtenor: Die Schweiz verpasse den Anschluss an die komplexen Anforderungen der modernen Berufswelt. Tatsächlich aber bilden die gutausgebildeten Berufsleute nach wie vor das Fundament des auch international erfolgreichen Werkplatzes – bei vergleichsweise tief gebliebenen Kosten.

Ein genauerer Blick auf die unterschiedlichen Ausgabenfelder zeigt, dass es auch innerhalb der obligatorischen Bildung grosse Unterschiede beim Wachstum gibt. So sind die Löhne für die Lehrpersonen in den letzten zwei Jahrzehnten prozentual weniger stark gewachsen als das Total der Bildungsausgaben. Überdurchschnittlich zugenommen haben hingegen die Sachausgaben sowie die Löhne für das «übrige Personal» – Letztere um mehr als fünfzig Prozentpunkte gegenüber den Lehrerlöhnen. Vor allem die Bildungsbürokratie und das die Schulen umgebende Zusatzgewerbe – Berater, Therapeuten, Sonderpädagogen et cetera – sind für die gestiegenen Bildungskosten verantwortlich.

Wildwuchs bei den Spezialisten

Der Reformeifer ist der Kostentreiber Nummer eins. An vorderster Stelle ist das integrative Schulmodell zu nennen, das vom behinderten, lernschwachen, fremdsprachigen bis zum verhaltensauffälligen Kind mit oder ohne Migrationshintergrund alle in eine Regelklasse packen will. Für die Schulen heisst das mehr Betreuung und zusätzliche Lehrpersonen wie Schulsozialarbeiter, Psychologen, Heilpädagogen. Letztere verdienen etwa gleich viel wie eine Sekundarlehrperson, auch wenn sie in der Primarschule eingesetzt werden. Obwohl mit dem integrativen Schulmodell viele Kinder, die vorher in einer Sonderschuleinrichtung betreut wurden, neu in der Regelklasse «integriert» werden, sind die Kosten nicht gesunken. Im Gegenteil: Sie haben sich seit dem Jahr 2000 von 912,2 auf 1748,9 Millionen Franken (2013) verdoppelt.

An der Lehrerbasis sieht man den Personalwildwuchs durchaus kritisch, es gebe zu viele Spezialisten (schulpsychologischer Dienst, schulische Heilpädagogen, Fachlehrpersonen, Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache), die sich oft gegenseitig Arbeit verschafften. «Wenn man vor allem bei den Kleineren mehr Zeit hätte und als Klassenlehrperson eine Beziehung zu den Schülern aufbauen könnte, würden gewisse Probleme und Schwächen abgefedert, statt dass sie nachher an die diversen Spezialisten ausgelagert werden müssten», so ein langjähriger Lehrer.

Aber auch sonst würden Hochschulpädagogen und Bildungsbürokraten, die selber gar nicht unterrichten, aber in den Ämtern, an den pädagogischen Hochschulen oder in der Schulleitung ihre Ideen ausbrüten, für unnötigen Aufwand sorgen: millionenteure, aber wenig praxistaugliche Lehrpläne wie der Lehrplan 21, ständig wechselnde Lehrmittel (die «alten» müssen entsorgt werden) samt aufwendigen Einführungen, aufgebauschte Schulleitungsmodelle (früher gab es ein Schulsekretariat), teure externe Evaluationen zur Qualitätssicherung, die Anschaffung kurzlebiger elektronischer Hilfsmittel (Beamer, Presenter, PC-Netzwerke, elektronische Wandtafeln), die bald schon überholt sind oder gar nicht den Mehrwert bringen, der ihre Anschaffung rechtfertigte, oder übertrieben aufwendige Schulprojekte mit externen Fachpersonen (zum Beispiel Schultheater).

Ein wesentlicher Teil der Ressourcen wird so der eigentlichen Bildung und Ausbildung entzogen. Der Moloch Bildung frisst seine eigenen Kinder. Lehrer an der Basis klagen seit längerem darüber, sie hätten für das eigentliche Kerngeschäft – das Unterrichten – immer weniger Zeit. Der Verwaltungs- und Koordinationsaufwand wachse: durch ständig neue und teilweise zweifelhafte Reformen, Sitzungen, Evaluationen, Teamanlässe, Organisationsfragen.

Zu Buche schlagen auch diverse Schulversuche, wie sich am Beispiel des Kantons Bern zeigen lässt. In den letzten Jahren wurden dort 600 000 Franken «für Erfahrungssammlung im Bereich der notenfreien Beurteilung» ausgegeben (2002–2014), 208 000 Franken für den Schulversuch «Hochbegabte II» (2005–2008), 8,4 Millionen Franken für den Schulversuch Basisstufe (2004–2013) und 900 000 Franken für «Erfahrungssammlung für die neue Unterrichtsart im Kindergarten bis 2. Schuljahr» (2005–2013). Bis 2019 gibt der Kanton Bern, der mit über einer Milliarde Franken aus dem kantonalen Finanzausgleich alimentiert wird, zudem mehr als eine halbe Million Franken für den Schulversuch «Teams für starke Lern- und Lehrbeziehungen» aus.

Ähnliche Versuche wie den letztgenannten gibt es auch in anderen Kantonen. Sie führen unfreiwillig den Reformeifer ad absurdum: Denn ihr Ziel ist es, die Anzahl Lehrpersonen an den einzelnen Klassen wieder zu reduzieren. Nachdem die bisherigen Reformen quasi durchs Band zu einer Aufblähung des Lehrapparats geführt haben, will man nun «Erfahrungen» sammeln mit Klassen, die wieder weniger Personal ausgesetzt sind – zum Nutzen der Schüler.

Grosszügig wird auch in Bauten und Beton investiert, etwa im Fachhochschulbereich, wo in den letzten Jahren regelrechte Bildungstempel entstanden sind. Zusätzlich belasten Folgekosten die Staatskassen, die oft nicht ausgewiesen seien, wie der Bieler Lehrer und Bildungspolitiker Alain Pichard (GLP) kritisiert. Würden etwa Mittagstische eingeführt, werde oft verschwiegen, dass dies massive bauliche Massnahmen zur Folge habe. Oder eine neue Sprachdidaktik: Da kämen auch IT-Kosten dazu. Ins Geld gingen zudem fragwürdige Reformen wie die Einführung des Frühfranzösisch und des Frühenglisch, deren Nutzen in verschiedenen Studien gleich null war. Allein im Kanton Bern, so schätzt Pichard, verursache die Einführung von Frühfranzösisch Kosten von sechzig Millionen Franken.

Fazit: Das Klagelied vom Bildungsabbau ist verfehlt. Denn erstens hat ein solcher gar nicht stattgefunden, im Gegenteil: Die Bildungskosten sind stark gestiegen. Zweitens wird viel Geld für unsinnige Projekte ausgegeben, die gar nicht den Schülern und Studenten und deren Bildung und Ausbildung zukommen. Es besteht also echtes Sparpotenzial.

Sparpotenzial Klassengrössen

Eine lineare Kürzung mit der Rasenmäher-Methode – etwa bei den Lektionen – sei falsch, sagt Mathias Binswanger, Wirtschaftsprofessor an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Es gebe aber durchaus Möglichkeiten, und in gewissen Bereichen hätte das Sparen sogar positive Effekte auf die Bildung. Als Beispiele nennt Binswanger die ausufernde Sonderpädagogik, die bürokratischen Abläufe, welche die Lehrer vom Unterrichten abhielten und die Kosten in die Höhe trieben, oder die Akademisierung verschiedener Bildungsbereiche, die ebenfalls zu massiven Kostenschüben geführt habe.

Ein einfaches Sparmodell bringt der eingangs zitierte Bildungsökonom Stefan Wolter in die Debatte ein: Würden die Klassen um lediglich einen Schüler erhöht, könnte das Schweizer Bildungswesen auf einen Schlag 500 Millionen Franken einsparen. Die Diskussion ist eröffnet, auch wenn die Profiteure des aus Steuergeldern finanzierten Bildungsbooms sie am liebsten unterbinden würden.

http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-5/artikel/die-legende-von-geld-und-geist--die-weltwoche-ausgabe-52016.html

http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-5/artikel/die-legende-von-geld-und-geist--die-weltwoche-ausgabe-52016.html

Weitere Artikel zur Schule

Die Weltwoche, 3. Februar 2016

Schulen

Kathedralen der Bildung

Sparen bei der Schule? Zumindest was die Bauten betrifft, ist davon nichts zu spüren. Überall in der Schweiz entstehen Paläste des Lernens, die nicht gross und luxuriös genug sein können. Eine Übersicht über die spektakulärsten Neubauten der letzten Jahre.

Von Rico Bandle

http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-5/artikel/kathedralen-der-bildung-die-weltwoche-ausgabe-52016.html

Tagblatt, 4. Februar 2016

Aufbruch beim schulischen Austausch

Der Bund löst die Zusammenarbeit mit der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit auf. Diese fördert unter anderem den sprachlichen Austausch in der Schweiz. Eine Untersuchung hatte letztes Jahr gröbere Mängel bei der Organisation ans Licht gebracht.

Es fehle an einer Strategie, die Performance sei schlechter, als nach aussen hin dargestellt, hiess es in dem Bericht. Beim Sprachenaustausch würden zudem die Ziele verfehlt: Bis 2016 sollten gemäss Leistungsvereinbarung jährlich 30'000 Schülerinnen und Schüler einen Austausch absolvieren. Nach Angaben der ch Stiftung waren es jedoch nur rund 16'000 Teilnehmer.

Die Untersuchung kam auch zum Schluss, dass ganze 87 Prozent des jährlichen Budgets in die Verwaltung fliessen und nur 10 Prozent in Projekte und Öffentlichkeitsarbeit. Bisher erhielt die Stiftung rund eine Million Franken vom Bund für die Förderung des Austauschs, 2016 wurde das Budget sogar noch aufgestockt. Die ch Stiftung ist auch für die Übergangslösung für das Studenten-Austauschprogramm Erasmus+ verantwortlich. Diese wurde 2015 mit insgesamt 22,61 Millionen Franken gefördert.

Neuanfang nötig

Die festgestellten Mängel haben beim Entscheid mitgespielt, die jahrzehntelange Zusammenarbeit aufzulösen. Vor allem aber soll die Förderung des nationalen und internationalen Austauschs ganz neu organisiert werden. Mit der ch Stiftung sahen die Verantwortlichen im Bundesamt für Kultur und im Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) dafür offenbar keine Perspektive.

"Wir brauchen einen Neuanfang", sagte Josef Widmer, stellvertretender Direktor des SBFI, der Nachrichtenagentur sda am Donnerstag. Diesen Neuanfang soll eine neue Agentur machen, die 2017 an den Start geht. Nach Angaben von Widmer handelt es sich um eine gemeinsame Organisation von Bund und Kantonen, in der neu die Erziehungsdirektorenkonferenz EDK eine zentrale Rolle spielt. Dadurch sollen auch die Schulen selber besser eingebunden werden.

Begeisterung wecken

Beim Bund erhofft man sich davon neue Impulse: "Wir brauchen eine Organisation, die in der Lage ist, die Akteure zu begeistern und beim schulischen Austausch etwas in Gang zu bringen", sagte Widmer. Es gebe die berechtigte Erwartung, dass etwas passiere, wenn man so viel Geld einsetze. Der schulische Austausch zwischen den Sprachregionen ist im Zusammenhang mit dem Streit um den Fremdsprachenunterricht in Bundesbern zur Zeit ein grosses Thema.

Laut Widmer soll die neue Agentur schlanker aufgestellt sein als die ch Stiftung. Zudem sei eine flexible Organisation nötig. Das ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil völlig unklar ist, wie es mit dem europäischen Austauschprogramm Erasmus+ weitergeht. Die Schweizer Teilnahme ist seit Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 sistiert. Kommt keine Einigung mit der EU zu Stande, muss sich die Schweiz weiterhin selber organisieren. (sda)

http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/schweiz-sda/Aufbruch-beim-schulischen-Austausch;art253650,4512807

Dazu: Schule Schweiz, 4.2.16

Zuviel Bürokratie: Jetzt handelt der Bund

87 Prozent der Mittel der Austauschstiftung ch fliessen in die Verwaltung. Dies hatte eine Untersuchung letztes Jahr ans Licht gebracht. Nun löst der Bund die Zusammenarbeit mit der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit auf.

Tagblatt, 3. Februar 2016

Junge Lehrer erhalten mehr Lohn

ST.GALLEN. Die St.Galler Regierung hat für die Lehrpersonen des Kindergartens und der Primarschule einen höheren Einstiegslohn beschlossen. Sie will damit einen Lehrermangel vorbeugen und die Schulqualität sichern.

Die Massnahme greift ab dem Schuljahr 2016/17, wie die Staatskanzlei des Kantons St.Gallen in einer Mitteilung schreibt. Zuständig für die Finanzierung der Lehrerlöhne sind die Gemeinden. Sie unterstützen die Massnahme. Generelle Lohnerhöhungen für Lehrpersonen fallen zurzeit ausser Betracht.

Lehrpersonen im Kanton behalten

Die Pädagogische Hochschule St.Gallen (PHSG) bildet die Lehrpersonen für die Bedürfnisse der St.Galler Volksschule aus. Die Ausbildung im Kanton sei eine Investition in die Schulqualität im Kanton, heisst es in der Mitteilung. Diese Investition dürfe ihre Wirkung nicht verlieren. "Zu einem Verlust kann es kommen, wenn frisch diplomierte Lehrpersonen in grösserer Zahl in anderen Kantonen in den Beruf einsteigen, weil sie dort einen massiv höheren Lohn erhalten." Lehrpersonen orientierten sich zwar bei der Wahl ihres Arbeitgebers nicht ausschliesslich am Lohn - das private Umfeld, die Lebensqualität und die Kaufkraft des Lohns am Lebensmittelpunkt sind gemäss Mitteilung ebenso entscheidend. Ein gewisser Rückstand bei den Lehrerlöhnen könne daher in Kauf genommen werden.

Heute erhalten Primarlehrpersonen im ersten Arbeitsjahr im Kanton Thurgau rund 5500 Franken mehr Lohn als im Kanton St.Gallen. Im Kanton Zürich beträgt die Differenz zulasten des Kantons St.Gallen fast 17'000 Franken. Damit bestünden laut Kanton massive lohnmässige Anreize für junge Lehrpersonen, eine Stelle in einem der Nachbarkantone anzunehmen. Die Situation ist auch deshalb prekär, weil zurzeit viele Lehrpersonen in den Ruhestand gehen und durch junge Lehrpersonen ersetzt werden müssen.

Wieder konkurrenzfähig werden

Die Regierung hat nun beschlossen, ihren gesetzlichen Spielraum auszuschöpfen und für die Junglehrpersonen ab kommendem Schuljahr den Lohn der Lohnklassen 1 und 2 für Kindergarten- und Primarlehrpersonen auf den Betrag der Lohnklasse 3 zu erhöhen. Damit würden sich die erwähnten Lohnrückstände auf ein vertretbares Mass verringern, wie es in der Mitteilung weiter heisst. Gegenüber dem Kanton Thurgau wird der Rückstand kompensiert. Gegenüber dem Kanton Zürich verringert er sich auf knapp 10'000 Franken. Damit werde der Kanton St.Gallen für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger wieder konkurrenzfähig.

Die Lohnerhöhung gilt ausschliesslich für Kindergarten und Primarschule - für die anderen Schulstufen bestehe weder die gesetzliche Grundlage noch ein Bedarf für eine Anpassung. Die Erhöhung beschränkt sich auf die ersten beiden Arbeitsjahre.

Verbände der Gemeinden stimmen zu

Die Löhne der Lehrpersonen werden zwar durch den Kanton bemessen, aber durch die Gemeinden bezahlt. Das Bildungsdepartement hat daher, wie es auch das Gesetz verlangt, vor der Lohnanpassung für die Jung-Lehrpersonen die Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) und den Verband St.Galler Volksschulträger (SGV) angehört. Beide Verbände stimmen der Massnahme zu. Die Auswirkungen auf die kommunalen Lohnbudgets sind laut Mitteilung moderat, zumal für junge Lehrpersonen wesentlich tiefere Lohnkosten anfallen als für ältere Lehrpersonen, wenn diese von jenen abgelöst werden. (pd/red.)

http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Junge-Lehrer-erhalten-mehr-Lohn;art122380,4511547

Basler Zeitung, 3.2.2016

Baustellen und Reformen ohne Ende

Für die Lehrerschaft der Sekundarschule Therwil ist das Arbeitsumfeld schwierig geworden

Von Thomas Dähler

Therwil. Die Lehrerschaft an den Baselbieter Sekundarschulen weiss nicht, wohin die Reformprozesse führen – und sieht sich von neuen Sparvorgaben herausgefordert, obwohl die umstrittenen Reformen zusätzliche finanzielle Mittel erfordern. Viele Lehrkräfte sind nicht überzeugt, dass die Mittel für die vielen Reformen auch eine Investition in eine bessere schulische Förderung der Kinder und Jugendlichen sind. Eine grosse Verunsicherung prägt das Schulklima, wie ein Augenschein vor Ort in Therwil zeigt.

Nicht nur der Lehrplan ist ein «Übergangslehrplan», die Lehrerschaft müht sich zurzeit mit Reformen, Zusatzausbildungen und Sparmassnahmen ab. Daran ändern auch der «Marschhalt» der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) und die zur Überprüfung der Reformen eingesetzte Arbeitsgruppe nichts. Von Planungssicherheit kann zurzeit keine Rede sein.

Zu wenig Zeit für den Unterricht

Auch die kürzlich per Fragebogen eingeleitete Umfrage der neuen Bildungsdirektorin Monica Gschwind erntet an den Sekundarschulen Skepsis. «Gesucht: Erfahrungen, Wissen, Meinungen» ist das Schreiben der Bildungs- Kultur- und Sportdirektion überschrieben. «Erfahrungen und Meinungen sind nicht in wenigen Zeilen mitteilbar», sagt René Suter, erfahrener Sekundarlehrer in Therwil. Er hat schulintern einen ganze sieben Seiten langen kritischen Erfahrungsbericht verfasst – mit allen Baustellen, Reformen, Neuentwicklungen und Herausforderungen des Schulalltags – und ist im Lehrerkollegium reihenweise auf Zustimmung gestossen.

Die Lehrerschaft ist seit Längerem und ohne absehbares Ende mit derart vielen Umbrüchen konfrontiert, dass ihre eigentliche Aufgabe im Schulunterricht damit erheblich beeinträchtigt ist. Für die Kernaufgabe der Lehrerinnen und Lehrer bleibt deswegen schlicht zu wenig Zeit. Suter: «Wo in der Regierung und im Landrat sind die Personen, welche noch das Ganze überschauen und welche statt den immer grösser werdenden Flickenteppich eine Sinn stiftende Bildungsphilosophie zum Wohle der Jugendlichen zu vermitteln vermögen?»

Lehrer als Verschleissartikel

Die grösste Sorge, mit der sich in Therwil Schulleiter Jürg Lauener konfrontiert sieht, betrifft die Klassengrössen. Sollten die Sparvorgaben der Kantonsregierung dazu führen, dass die gesetzlich festgelegten Limiten stärker ausgereizt werden, sei fraglich, ob die Betreuung der Schüler noch im notwendigen Umfang geleistet werden könne. Lehrerkollege Suter befürchtet vor allem, dass die Klassen des A-Niveaus darunter leiden. Mit grösseren Klassen werde in Kauf genommen, dass die individuelle Betreuung nur noch in kleinerem Umfang möglich ist. Dies senke das Bildungsniveau und führe zu Problemen in den Klassen – und dies erst noch zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Kaum hat die ehemalige Realschule einigermassen verdaut, dass sie nun als Niveau A in die Sekundarschule integriert ist, sind die Schulen nun mit dem eingeleiteten Wechsel zu neu sechs Primarschuljahren und nur noch drei Sekundarschuljahren konfrontiert. Und nun droht neuerdings auch noch, dass bestehende Klassen aufgehoben werden, damit aus Spargründen die noch zulässigen Klassengrössen ausgereizt werden.

Für Unsicherheiten sorgen auch Fragen rund um die Integration von Schülerinnen und Schülern, die wegen Lern- oder Verhaltensproblemen mehr Aufmerksamkeit brauchen als andere. Die Mittel für eine spezielle Förderung sind zwar vorhanden, doch ist nicht zu übersehen, dass die zusätzliche Belastung für alle Lehrerinnen und Lehrer deutlich höher ist. Zudem müssen die Lehrkräfte in praktischen Fächern wie Sport, Werken oder Hauswirtschaft meistens ohne zusätzliche Unterstützung im Unterricht auskommen. Suter spricht vom «Verschleissartikel Lehrer». Zum Kontext gehöre, «dass nicht alle Lehrkräfte Superlehrkräfte sind und dass eher wenige die zusätzliche Belastung ein Berufsleben lang durchhalten». Integration gelinge nur dort, wo die Beziehung zwischen betroffenem Kind, Schulklasse, Elternhaus und Lehrkraft günstig verlaufe.

Sorgen macht sich die Lehrerschaft beim Französischunterricht. Die ersten Schülerinnen und Schüler, die mit Frühfranzösisch und dem Projekt Passepartout gross geworden sind, würden jetzt die Sekundarschule erreichen. Die Lehrkräfte müssten sich mit dem neuen Lehrmittel auseinandersetzen und Weiterbildungskurse besuchen – um dann in der eigenen Schule festzustellen, dass vieles gar nicht umsetzbar sei. So setze das Projekt voraus, dass die Schüler einen Computer benützen könnten. Doch diese existierten in der Schule nicht in der erforderlichen Anzahl, wie Schulleiter Lauener erklärt.

Unsicherheit schaffen auch der Übergangslehrplan und die Übergangsstundentafel. Diese wurden gerade erst publiziert. Doch wohin diese führen, ist unklar. Es handelt sich um einen Kompromiss zwischen dem alten Lehrplan und dem neuen gesamtschweizerischen Lehrplan 21. Ob dieser aber überhaupt je eingeführt wird, ist offen, denn dazu sind Volksentscheide hängig. Immerhin: Vor dem Lehrplan 21 fürchten sich die Lehrerinnen und Lehrer in Therwil nicht, denn die Bildungsdirektion hat zugesichert, dass sie ihn anpasst und eine Differenzierung nach den drei verschiedenen Niveaus der Sekundarschule vornehmen wird.

Kommen die Sammelfächer?

Völlig offen ist, wie die Zukunft für die Sekundarlehrerinnen und Sekundarlehrer aussieht, die Geografie, Geschichte, Chemie, Biologie, Physik oder Hauswirtschaft unterrichten. Im Lehrplan 21 werden diese Fächer in die neuen Sammelfächer überführt. In Chemie, Biologie und Physik werden Weiterbildungskurse für die Sekundarlehrkräfte angeboten, damit sie mit abgekürzten Zusatzausbildungen die ihnen fehlenden Fächer nachholen könnten. In Geografie und Geschichte gebe es noch keine solche Möglichkeit. Und wer weiss: Vielleicht sei ohnehin alles vergeblich. Das Volk entscheidet im Baselbiet, ob die Sammelfächer, wie im Lehrplan 21 stipuliert, überhaupt eingeführt werden.

Für viel Aufregung sorgen die sportlichen Schulaktivitäten und die Schullager. Nach mehreren Medienberichten über Schulunfälle habe ihre Schule sich vor zwei Jahren in Liestal nach der rechtlichen Absicherung erkundigt – und ein mittleres Erdbeben ausgelöst. Lange blieb völlig unklar, ob die Schulklassen überhaupt noch im bisherigen Rahmen Velo fahren, eislaufen oder schwimmen dürften. Unterdessen ist klar, dass das einst abgegebene Papier nur eine Empfehlung war.

Kein Rechtsschutz

Suter hätte aber eigentlich erwartet, dass der Kanton eine Versicherung abgibt, welche die Lehrkräfte in ihrem Tun schützt, solange sie nicht fahrlässig handelten – mit einem Rechtsschutz zum Beispiel auch gegen juristische Forderungen von Eltern. Immerhin scheint unterdessen klar, dass die Bildungsdirektion die Schullager weiterführen will. Vermutlich werde aber erwartet, dass Lehrerinnen und Lehrer mit Teilpensen einen Teil ihrer Arbeit in den Schullagern gratis leisteten und zusätzlich geforderte Begleitpersonen mit einem «Trinkgeld» zufrieden seien. Suter sagt zudem, unterstützt von mehreren Kollegen: «Zudem ist in der Bevölkerung auch nicht bekannt, wie viel Steuergeld einerseits all die Reformen bereits verschlungen haben, und andererseits gerade die Sekundarlehrkräfte de facto nach diversen Sparmassnahmen zwei Jahre mehr Lebensarbeitszeit gratis beisteuern müssen – wegen der Erhöhung der Pflichtstundenzahl und der Lohnkürzung.»

Für Unmut sorgt in der Lehrerschaft auch die Bürokratie. Berichte, Dokumentation der Jahresarbeitszeit und vieles mehr. Suter meint dazu nur: «Was wäre eigentlich, wenn Lehrkräfte der Schulleitung eines Tages mit Bedauern mitteilten, ihre Jahresarbeitszeit sei leider ausgeschöpft, sie könnten jetzt ihre Klassenlehrerfunktion nicht weiter erfüllen oder müssten das Skilager oder das Sommerlager absagen?»

Das Lehrerkollegium in der Sekundarschule Therwil hofft jetzt einfach, dass unter der neuen Bildungsdirektion alle Reformen und Neuerungen vorab hinterfragt werden. Suter: «Wird damit die Qualität verbessert? Sind die Ressourcen dafür vorhanden? Werden die Steuergelder dafür effizient eingesetzt?» Vor allem aber möchten die Lehrerinnen und Lehrer in der Sekundarschule Therwil, dass Reformen nur gestartet werden sollten, wenn sie sinnvoll sind und dem Wohl der Jugendlichen in ihrer Schule dienen.

http://verlag.baz.ch/epaper/fspdf.cfm?Index=25

Tagblatt, 5. Februar 2016

Rollenspiele «extrem und unzumutbar»

Monika Strauss droht mit Kirchenaustritt. Die Arboner SVP-Politikerin will nicht, dass ihre Tochter am Projekttag in die Rolle eines Flüchtlings schlüpft. Nötiger fände sie Kurse, sich vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Kirche und Schule reagieren darauf mit Unverständnis.

MAX EICHENBERGER

ARBON. Schüler der zweiten Oberstufe im Stacherholz befassen sich am 16. Februar mit dem Thema «Flucht und Asyl». Die Aktualität ist durch die grossen Migrationsströme nach Europa gegeben. Durchführen wird den Projekttag die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) bei der Berglikirche. Dies auf Einladung der Evangelischen Kirchgemeinde und der Katholischen Pfarrei Arbon – im erweiterten Rahmen des Religionsunterrichtes.

«Geschmacklos»

In einem «erlebnispädagogischen Simulationsspiel» schlüpfen die Schülerinnen und Schüler in die Rolle von Menschen, die auf der Flucht sind. Sie empfinden dabei «hautnah» nach, was sie in die Flucht aus ihren Heimatländern treibt und was sie, in der Hoffnung auf Schutz und ein besseres Leben, auf diesem Weg erleben. Dazu gibt es einen filmischen Input und einen Workshop. Darin werden Fluchtgründe aufgezeigt und Asylkriterien erörtert. Das Bildungsangebot wird nicht überall gut aufgenommen. Monika Strauss, Mitglied der SVP-Fraktion im Arboner Stadtparlament, findet den Simulationsparcours, den die Schüler dabei durchlaufen, «eine Zumutung, extrem und geschmacklos». «So ein Aufgebot mit Sirenengeheul, Knallkörpern, Soldaten in Uniformen und Schleppern» bei der Berglikirche will sie ihrer Tochter Julia jedenfalls nicht zumuten. Für Monika und Werner Strauss ist klar: Sie möchten nicht, dass ihre Tochter am Projekttag teilnimmt. Das sei «zynisch gegenüber den hier lebenden Flüchtlingen, die diese Erfahrungen so durchlebt haben und traumatisiert sind». Über die Medien seien die Jugendlichen schon gut informiert, findet Monika Strauss den Ansatz, junge Menschen mit Rollenspielen sensibilisieren zu wollen, fragwürdig. Aufklärung und Verständnis zu wecken in dieser Form sei nicht Aufgabe der Kirchen.

Beitrag zur Rassismusprävention

Das «erlebnispädagogische Programm» leiste sehr wohl einen Beitrag zur politischen Bildung, zur Rassismusprävention und zur Integrationsförderung, sieht man das bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe anders. Auch Robert Schwarzer, Präsident der Evangelischen Kirchgemeinde Arbon wie auch der Sekundarschulgemeinde, hält es für wichtig, den Bildungsauftrag zeitgemäss wahrzunehmen. «Wir haben Jugendliche zu mündigen und nicht zu weltfremden Bürgern zu erziehen.» Darum könne man vor politischen Problemen und gesellschaftlich schwierigen Fragen die Augen nicht verschliessen. Weder in der Schule noch im Religionsunterricht. Darin sei sich im übrigen auch der Oberstufenkonvent einig. Dominik Diezi, Präsident der Katholischen Kirchgemeinde Arbon, sieht das genauso. An diesem Projekttag, so Robert Schwarzer, würden sich die Oberstufenschüler stufengerecht mit der Thematik Flüchtlinge und Asyl auseinandersetzen. Die Jugendlichen sollen in die Lage versetzt werden, die Situation von Flüchtlingen nachvollziehen zu können. «Sie sind durchaus interessiert und offen für solche Themen.» Schwarzer betont, dass es sich um ein Gemeinschaftsprojekt handle. Er kann die Vorbehalte nicht nachvollziehen. Monika Strauss hingegen meint, mit den Schülern würde der falsche Personenkreis angesprochen. Eher Sinn machen würde nach jüngsten sexuellen Übergriffen, am Wochenende gerade in Arbon, «Selbstverteidigungs- und Verhaltenskurse anzubieten».

Keine Pegida-Verhältnisse

Bedauerlich findet Robert Schwarzer, wenn von SVP-Seite die Stimmung gegen Flüchtlinge derart geschürt werde – und man sich offenbar instrumentalisieren lasse. Arbon wolle keine Pegida-Verhältnisse. Monika und Werner Strauss überlegen sich derweil einen Austritt aus der Landeskirche.

http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/rorschach/tb-ot08/Rollenspiele-extrem-und-unzumutbar;art2889,4513074

Tagblatt, 5. Februar 2016

Kompetenzen festhalten

UZWIL. Der Uzwiler Gemeinderat ist daran, die Gemeindeordnung zu überarbeiten. Der Teil zur Schule sei seit dem Start der Einheitsgemeinde im Jahr 1997 inhaltlich weitgehend unverändert geblieben, begründet der Gemeinderat die Revision. Lediglich die Zahl der Schulräte sei angepasst worden. Die vergangenen Jahre hätten Verschiebungen nach sich gezogen. So habe der Schulrat den Schulleitungen Aufgaben übertragen, die ursprünglich beim Schulrat angesiedelt waren.

Der Schulrat werde sich zunehmend als strategisches Lenkungsgremium positionieren. Die Kompetenzordnung soll sich auch in der Gemeindeordnung zeigen. An der Bürgerversammlung im Mai sollen die Stimmberechtigten über die Anpassung befinden können. (red.)

http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-uz/Kompetenzen-festhalten;art262,4513350

Tagblatt, 6. Februar 2016

LESERBRIEF

Schulratspräsident heimlich abgesetzt

Kein Schulratspräsident mehr Ausgabe vom 15. Januar 2016

Mitte Dezember erhält das Volk in Oberuzwil einen neuen Schulratspräsidenten. Der Amtsantritt ist für den 1. Januar angesetzt. Vor diesem wird er jedoch an der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember gleich wieder seines Amtes enthoben. So wurde die Volkswahl zur Farce. Die Schule setzt knapp die Hälfte der Finanzmittel der Gemeinde um – ist somit schon rein finanziell gesehen ein gewichtiger Betrieb.

Und nun darf das Volk nicht einmal einen in ihren Augen möglichst passenden Schulpräsidenten wählen? Oder schlimmer noch: Mit der neuen Gemeindeordnung soll der gewählte Roland Waltert per Gesetz definitiv entmachtet werden. Ziel der Gemeinde scheint es, die direkte Einflussnahme des Volkes auf seine Schule zu entziehen. Die Verantwortung und damit verbunden die Führung soll einem Gremium übertragen werden. Die strategische Führung wird so verwässert, intransparent – ja strukturlos.

Das Vorgehen des Gemeinderates, der diesen Schritt als «konsequente Weiterführung einer professionellen Organisation der Schulführung im Einvernehmen zwischen Schul- und Gemeinderat» sieht, kann ich nicht befürworten. Eine Professionalität in Führungsbereichen zeichnet sich durch Wissens- und Erfahrungszuwachs aus und nicht durch ein Verteilen von Führungskompetenzen. Dies schwächt und verlangsamt nur das Gefüge! Folglich muss auch ich die neue Gemeindeordnung an der Bürgerversammlung klar ablehnen.

Sven Keller, Werkstrasse 8, 9242 Oberuzwil

http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-uz/Schulratspraesident-heimlich-abgesetzt;art262,4514620

Der entsprechende Artikel im Werdenberger & Obertoggenburger: 15. Januar 2016, 08:55 Uhr

Kein Schulratspräsident mehr

Weitere Artikel zu diesem Thema:

- Es muss endlich Ruhe einkehren
- Das letzte Wort haben die Bürger

Tagblatt, 7. Februar 2016

UNKOMMOD

Die verbotenen Pausenbrötchen

Valentin Landmann

Eifrig wird diskutiert, wie man Eltern und Kinder umerziehen könnte. Eltern sollen den Kindern für Znüni und Zvieri nur noch gesunde Ernährung von zu Hause mitgeben und Kinder sollen Ernährung, die nicht politisch korrekt, ethisch und möglichst vegan hergestellt ist, mit Entrüstung zurückweisen, die Eltern bei den Lehrkräften denunzieren und für Abhilfe sorgen lassen.

Dabei gehen die Meinungen, was gut für unsere Kinder ist, ganz gründlich auseinander. Eine Ananas oder eine Banane kommt natürlich nicht in Frage, weil sie auf dem Transport hierher Energie verbraucht hat. Ein Brötchen enthält Weissmehl, möglicherweise sogar Zucker. Der Gau ist erreicht, wenn das Brötchen gar mit Konfitüre bestrichen ist.

Am verdammungswürdigsten erscheint den Umerziehungspropheten Schokolade. Schweizer Schokolade ist bekannt für ihre deutlich deklarierte Zusammensetzung und aus meiner Sicht völlig unbedenklichen Inhaltsstoffe, die höchstens in völligem Übermass genossen irgendetwas Schädliches bewirken können.

Berichte mehren sich, wonach Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und Lehrer Kontrollen der Znünisäckli durchführen und den Kindern politisch nicht korrekte Nahrung wegnehmen, diese gar demonstrativ zerstören. Auch ein Apfel geht übrigens nicht, da er auf dem Schweizer Bauernhof möglicherweise mit Kinderarbeit geerntet wurde, ein Stückchen Schinken – oh Gott! – erst recht nicht, weil es ja Fleisch ist, und Schweine wie auch Kühe manchmal Gase ablassen, die die Klimaveränderung wegen des Pausenbrötchens herbeiführen.

Wo sind wir nun eigentlich gelandet mit einer solchen Umerziehungsmentalität? Soll der Staat uns vorschreiben und vorschreiben dürfen, was wir essen, was unsere Kinder essen und insbesondere was wir unseren Kindern in die Schule zum Essen mitgeben?

Kaum jemand wird etwas dagegen haben, wenn unverbindliche Empfehlungen abgegeben werden, sofern diese nicht rein politisch betont sind. Es soll einzig darum gehen, was für Kinder gesund ist und was weniger. Im Übrigen bin ich ein überzeugter Verfechter des Grundsatzes der Freiheit bei der Auswahl von Nahrungsmitteln. Es ist schon bedrückend, wenn wir mit der Zeit für ein «Recht auf Schokolade» demonstrieren müssen und unsere Kinder nur noch eine staatliche verordnete Politkorrektheits-Diät verabreicht bekommen. Wehren wir uns rechtzeitig, wenn solche Tendenzen auftreten. Einmal verhängte Verbote und Kompetenzen für den Staat lassen sich nicht leicht rückgängig machen.

Der Staat und die Schulen haben ihre Aufgaben. Zu diesen Aufgaben gehört aber nicht die grundlegende Umerziehung des Bürgers. Jedenfalls finde ich diese in der Schweizer Verfassung nicht. Sie hätte auch nichts darin zu suchen. Sehr wohl in der Verfassung sind dagegen die persönlichen Freiheiten des Bürgers, und diese Freiheiten gilt es zu bewahren, auch vor der neu aufkommenden Umerziehungsmentalität.

*Valentin Landmann, Rechtsanwalt. Er wohnt in Zürich und in St. Gallen.

http://www.tagblatt.ch/ostschweiz-am-sonntag/leben/Die-verbotenen-Pausenbroetchen;art304178,4515444

Sonntagszeitung, 7.2.

Leserbrief zum Artikel:

Volk will Bildungskosten beschränken

Umfrage zeigt: In der Schweiz gibt es eine hohe Zustimmung für das Einfrieren von Schulausgaben

http://www.impulsmittelschule.ch/deu/pressearchiv/SonntagsZeitung_24-01-2016_60396903.pdf

Falsches Bild der Schulausgaben

Schulausgaben einfrieren laut Umfrage wünschenswert: Diese Aussage stimmt nur bedingt. Schaut man die Umfrage, die untersuchte, wie das schweizerische Volk zur Finanzierungder Schule steht etwas genauer an, merkt man sofort, dass diese ein falsches Bild abgibt. Herr Wolter berechnet darin Mehrkosten für die Volksschule von mehr als drei Milliarden Franken pro Jahr in den letzten 10 Jahren. Geteilt durch die aktuellen Schülerzahlen ergibt dies Mehrkosten von 20’000 Franken pro Kind und Jahr. Hätte Herr Wolter die einzelnen Ausgabeposten jedoch separat ausgerechnet, wäre ihm aufgefallen, dass ein Grossteil des Geldes in die Taschen der Pädagogischen Hochschule in die Finanzierung von Administration, Verwaltung und Gebäuden und ins Verlagswesen fliesst. Nicht zu vergessen sind die massiven Kosten für die mannigfaltigen Schulreformen während der letzten zehn Jahre – nicht zuletzt für den Lehrplan 21. Im Vergleich dazu hat wenig Geld den Weg zu den Schülern gefunden.

Carole Bürer

Schweiz am Sonntag, 07. Februar 2016

Der Lehrplan 21 und die Frage der Zuständigkeit der Parlamente

Von Michael Strebel*

Die Nachricht: Mit dem Lehrplan 21 soll der Bildungsartikel in den deutschsprachigen Kantonen umgesetzt werden. Erarbeitet wurde der Lehrplan durch die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK). Nun ist der Verdacht im Umlauf, der Lehrplan werde ohne Beratung durch eine demokratisch legitimierte Instanz eingeführt.

Der Kommentar: Diskussionen zum Lehrplan finden in verschiedenen Kantonen statt. Es wurden Initiativen oder parlamentarische Vorstösse eingereicht, um dessen Einführung zu verhindern. Erst kürzlich stand in der Sonntagszeitung, der Lehrplan werde eingeführt, ohne dass sich im Vorfeld ein Parlament oder eine demokratisch legitimierte Instanz dazu äussern konnte. Diese Kritik wies die D-EDK in einer Stellungnahme zurück mit dem Hinweis, demokratisch gewählte Behörden – nämlich die Kantonsregierungen – hätten über den Lehrplan entschieden und dessen Einführung beschlossen. In der Tat wäre es unbedacht, einer Regierung und der zuständigen «Lehrplanbehörde» die Legitimität abzusprechen.

Der Vorwurf, die Parlamente seien übergangen worden, wäre durchaus brisant, wenn er denn zuträfe. Die Parlamente haben tatsächlich nicht über den Lehrplan entschieden. Jedoch nicht, weil die Regierungen sich bewusst gegen die Beteiligung des Parlaments entschieden hätten, sondern weil dafür keine gesetzliche Grundlage besteht. Der Lehrplan ist kein Konkordat, wie etwa das HarmoS-Konkordat. Bei Letzterem muss das Parlament entweder seine Zustimmung geben oder es ablehnen; danach kann das Referendum ergriffen werden. Der Lehrplan ist eine Verwaltungsvereinbarung – ein feiner, aber entscheidender Unterschied. Da sie keine Auswirkungen auf kantonale Gesetze haben, ist das Parlament nicht dafür zuständig und die Regierungen bestimmen abschliessend. Die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Parlament und Regierung sind in den kantonalen Verfassungen oder Gesetzen festgehalten. Folglich kann den Regierungen nicht vorgeworfen werden, sie hätten die Parlamente bezüglich des Lehrplans übergangen. De facto haben sie sich an die gültigen Regeln gehalten.

Dennoch darf der Lehrplan als Auslöser herangezogen werden, um über die Praxis der Zuständigkeiten nachzudenken. Richtig ist der Hinweis der D-EDK, dass parlamentarische Vorstösse zum Lehrplan eingereicht wurden. Dies ist eine Möglichkeit, um sich bei der Regierung Auskunft zu verschaffen. Allerdings haben Vorstösse eher eine Kontrollfunktion. Für das Parlament ist entscheidend, wie es inhaltlich auf Sachfragen Einfluss nehmen kann.

In vielen Kantonen wurden Regelungen erlassen, die vorsehen, dass das Parlament in Bezug auf Konkordate bereits in der frühen Phase der Erarbeitung mit einbezogen werden soll, und nicht erst zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Beitritt zum Konkordat, denn dann könne das Parlament faktisch nur noch Ja oder Nein dazu sagen. Wenn nun der politische Wille aufkommt, die Parlamente auch bei Verwaltungsvereinbarungen einzubeziehen, müssen die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden. Gute Gründe hierfür gibt es durchaus, wie die aktuelle Debatte zeigt.

Kritiker der parlamentarischen Beteiligung werden einwenden, Verwaltungsvereinbarungen würden nur technische Details regeln, weshalb es unangebracht und eine Zeitverschwendung wäre, das Parlament damit zu behelligen. Allerdings ist das Parlament sehr wohl in der Lage, der Wichtigkeit einer Vorlage Rechnung zu tragen, und zwar in Form der Zeit, die es in eine Diskussion investiert – wie bei «normalen» parlamentarischen Sachfragen auch.

Es kommt immer wieder zu brisanten Verwaltungsvereinbarungen, die aufgrund des zu regelnden Inhaltes in eine Vernehmlassung gehen. Parteien, inhaltlich Betroffene oder Interessierte können sich daraufhin zum Inhalt äussern. Gerade diese Verwaltungsvereinbarungen gehören in eine parlamentarische Debatte, weil sie ohnehin in der Gesellschaft angelangt sind. Das Parlament ist der legitimierte Ort der öffentlichen, kontroversen politischen Auseinandersetzung um die besten Argumente. Die parlamentarische Arena kann eine Ventilfunktion haben: Die Kritik am politischen Vorhaben wird im Parlament ausgetragen – auf eine kontroverse Diskussion folgt ein Entscheid. Dies nützt letztendlich auch den Personen, die an einer Vereinbarung mit Herzblut gearbeitet haben: Parlamentsentscheide erzeugen eine hohe Legitimität und Akzeptanz. Das zeigt sich daran, dass nur selten das Referendum ergriffen wird.

Sollten politische Akteure aufgrund der Diskussion rund um den Lehrplan zum Schluss kommen, dass auch Verwaltungsvereinbarungen ins Parlament gehören, müssen die Voraussetzungen dazu geschaffen werden: Das Parlament kann über Verwaltungsvereinbarungen entscheiden, das Volk hat das Schlusswort mittels Referendum – gelebte Demokratie!

*Dr. Michael Strebel ist Ratssekretär des neuen Parlamentes der Stadt Wetzikon und Lehrbeauftragter für Vergleichende Politikwissenschaft. In seiner Dissertation untersuchte er die Mitwirkung der Kantonsparlamente bei Konkordaten.

http://www.schweizamsonntag.ch/ressort/meinung/der_lehrplan_21_und_die_frage_der_zustaendigkeit_der_parlamente/